

- > Visa
- > Paßentzug | Paßversagung
- > Heiraten | Lebenshilfe
- > Heiraten im Ausland
- > Rechtsberatungen
- > Übersetzungen
- > and more ...

Büro Gattermann

วิชา | หนังสือเดินทาง | สิทธิ



**Uwe Gattermann & Usa Gattermann, 320/4 Mo 10, A. Seka, Buengkhan 38150 - THAILAND -**  
**☎ 0066 - 930817923 📠 0861 - 9005999 88 Mail: GaGa.2500@gmx.de**

*„Sie haben weder die intellektuellen, geistigen oder psychischen Fähigkeiten, um sie mit weißen Männern in einer beliebigen Funktion unserer Zivilisation gleichzusetzen oder zu teilen. Ich habe mein Leben gegeben, um zu versuchen, ihnen die Vorteile zu bringen, die unsere Zivilisation bieten muß, aber mir ist sehr wohl bewußt geworden, daß wir diesen Status behalten: die Überlegenen und sie die Unterlegenen. Denn wann immer ein weißer Mann sucht, unter ihnen als gleicher zu leben, werden sie ihn entweder zerstören oder ihn verschlingen. Und sie werden seine ganze Arbeit zerstören. Erinnert alle weisen Männer von überall auf der Welt, die nach Afrika kommen, daran, daß man immer diesen Status behalten muß: Du der Meister und sie die Unterlegenen, wie die Kinder, denen man hilft oder die man lehrt. Nie sich mit ihnen auf Augenhöhe verbrüdern. Nie als sozial Gleichgestellte akzeptieren, oder sie werden Dich fressen. Sie werden Dich zerstören“ (Albert Schweitzers Einschätzung der Fähigkeiten und Mentalität von Afrikanern).*

# Am Ende der Lügen der Hofschranzen

oder

## Warum wir lernen müssen, Nein zu Afrika zusagen

Am 19.09.2016 ging es in der Sendung „Hart aber fair“ von Frank Plasberg, unter dem Titel „Zäune statt Hilfe“, vordergründig einmal mehr um das Top-Thema des Jahres, um Asyl. Gästen waren Elias Bierdel, „Menschenrechtsaktivist“, Péter Györkös, ungarischer Botschafter in Berlin, Neven Subotic, serbischer Fußballer, engagiert mit einem Brunnenbauprojekt in Afrika, Norbert Röttgen, „Volkspartei“-CDU (der das Volk längst abhanden kam), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag und die Iranerin Shafagh Lahai, Afrikakorrespondentin der ARD in Nairobi.

Telefonische Auskünfte werden unverbindlich erteilt.

## Innerer „Faktencheck“

Auffallend war, wie so oft bei solchen Anlässen, daß nicht einmal am Rande von politischer Verfolgung, Asyl (Art. 16 GG), die Rede war, sondern ausschließlich von „humanitären Gründen“, also, vgl. § 32 a AuslG (alt),<sup>1</sup> im Gegensatz zum politischen Asyl als individuellem Recht, von einem „Gruppenrecht“. Gruppenrecht bedeutet in dem Zusammenhang, daß da nicht Individuen, sondern Gruppen, oft Stämmen und Clans, Einlaß zu gewähren ist, schon von der schieren Masse her mehr noch als beim Asyl ohne Rücksicht auf die staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen, grundgesetzlich geschützten Grundlagen *unseres* Staatswesens zu nehmen, indem schlicht auf Gedeih und Verderb gnadenlose Gnade vor Recht gesetzt wird!

Gefordert von einem wohldotierten Nutznießer der Einwanderungs-Industrie, einem ebenfalls wohldotierten Mitglied der Alt- und Blockparteien (die AfD war wie üblich ausgeschlossen) und wohldotierten doppelten Nutznießern der „Willkommenskultur“, zwei „Migranten“, also Ausländern (mit „Flucht-Alternative“ ins Heimatland), angetreten ihren Gastgeber Nachhilfe darin zu erteilen, was sie in ihrem Land zu erdulden und zu ali-mentieren hätten. Wie stets bei solchen Gelegenheiten meldeten sich fast durchgängig Wertschröpfer zu Wort, an deren Sachkompetenz und materiellen Beteiligung an den Folgen dieser Gruppenwohlthat getrost gezweifelt werden darf; dafür gefällige Hofschranzen der Macht, als unabhängige und selbstverantwortliche Persönlichkeiten schon gestorben: Woraus sonst folgte die „Kompetenz“ eines Lobbyisten, eines fußballernden Quoten-Ausländers (!!!) und einer Doppel-Quote (Frau und Ausländerin) vom deutschen Erziehungs-TV? „Hart unfair“ in jeder Beziehung: Vier Pro Rechtsbruch gegen ein verhaltenes Kontra. Die üblichen Verhältnisse bei den Gebühren-Gouvernanten.

Entsprechend suggestiv, faktenbefreit und unvollständig moderiert Plasberg die Runde über das nachkoloniale Afrika und dessen neo-kolonialen Abkömmlinge an:

*„Dabei vergessen wir ganz leicht die nächste Flüchtlingswelle, die könnte schneller und heftiger kommen als wir denken. Millionen verzweifelter Afrikaner sind auf dem Absprung. Sie sagen, was haben wir eigentlich anderes zu verlieren als unser Leben? Das Ziel ihrer Träume ist Europa.“ „Solange das Wohlstands- und Sicherheitsgefälle so groß ist, werden die Flüchtlingsströme anhalten. Aber tut Europa genug gegen die Ursachen der Flucht? Tun wir es überhaupt, oder setzen wir lieber auf Zäune zur Abschreckung?“*

Plasberg und Lahai machen sich „gemein“, und zwar mit einer schlechten Sache: Sie fragen nicht, was Millionen Europäer mit Millionen analphabetischer Invasoren auf ihrem beengten Kontinent anfangen können! Sie fordern von den Europäern vielmehr, den Afrikanern letztendlich ihren selbst erarbeiteten, in Form von Milliarden sinnlos vergeudeter Entwicklungshilfe schon einmal geteilten und am bitteren Ende gänzlich streitig gemachten bescheidenen Wohlstand, die eigene Sicherheit und in letzter Konsequenz auch noch ihr Leben und ihren „Traum“ von Europa, zum Fraß vorzuwerfen! Sie fragen nicht, was die Afrikaner selbst getan und zu tun haben, sondern „fordern“ ernsthaft europäische Selbstaufgabe, um den „Traum“ der Fremden zu erfüllen. Der Fremden, die allein für die Zustände verantwortlich sind, vor denen sie jetzt „fliehen“ und die sie nach Europa einschleppen wie eine ansteckende Krankheit, mit der nicht einzelne Länder, sondern der ganze afrikanische Kontinent seit seiner Unabhängigkeit infiziert wurde (schon 2000 nicht „Millionen“, sondern „bereits über eine Milliarde Menschen“, S. 10)! In historisch zu nennenden Zahlen: Seit Jahrzehnten „weltweit jährlich 40 Millionen Hungertote. Ein nur noch in Megatonnen ausdrückbares Produktionsvolumen an menschliches Aas.

---

<sup>1</sup> Geändert durch Art. 4 AufenthG am 23.12.2003 (BGBl. I. 2848).

Solche Größenordnungen haben selbst Hitler und Stalin gemeinsam nicht zuwegegebracht. Das ist die Proportion, um die es sich handelt“ (Hoimar von Dittfurth). Es ist die afrikanische Proportion, die Europa weder braucht noch will!

Hajo Friedrichs, ein herausragender deutscher Fernsehmoderator, hat sich unsterblich gemacht mit dem Satz: „Einen guten Journalisten erkennt man daran, daß er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten.“ Wenn Friedrichs noch miterlebt hätte, was seine Medien, vor allem das deutsche Fernsehen, heute veranstalten: Schamlose Empörung, Betroffenheit als Masche, Moralien morgens, mittags, abends, nachts um der Selbstaufgabe der europäischen Völker und ihres Kontinents Willen!

Den älteren Lesern ist Plasberg für seine hohe Schamschwelle bekannt (die er auch hier bewies). Im Sommer 1988 machten die Journalisten Frank Plasberg und Udo Röbel in der Kölner Innenstadt Interviews mit den bundesweit berühmt-berüchtigt gewordenen „Gladbecker Geiseltgangstern“, Hans-Jürgen Rösner und Dieter Degowski, sowie deren späteren Opfer Silke Bischoff (die am Ende erschossen wurde). Röbel, der sogar in den Fluchtwagen gestiegen war und das Trio aus der Stadt lotste, sprach von „einem Totalversagen der Medien“ (also traditionelles): „Wir waren wie berauscht. So eine Situation hatte es für Polizei und Medien zuvor nicht gegeben.“ Plasberg räumte ein: „Jetzt so zu tun, als würde ich mich über die Maße dafür schämen, wäre geheuchelt. Aber ich habe daraus gelernt, berufliche Regeln und Zwänge immer zu vergleichen mit dem normalen Leben, ob sie damit im Einklang stehen.“ Desinformation und Heuchelei kann er, wie seine Sendung zeigte (wo z. B. findet er innerhalb der EU die „Zäune zur Abschreckung“?), bestens in „Einklang mit dem normalen Leben“ und sogar seinem öffentlich-rechtlich zwangs-ali-mentierten Berufsethos bringen.<sup>2</sup>

Von individueller politischer Verfolgung (Art. 16 GG) und sicheren Drittstaaten (Art. 16 a GG), worüber die Masse der „Flüchtlinge“, eindringt, ist in der gesamten Sendung so wenig die Rede wie davon, wovor sie „Schutz suchen“; denn solche Vorbehalte gelten nur für politisch verfolgte Einzelpersonen, nicht für aus „humanitären“ Gründen einfallende Gruppen (Stämme, Clans)! Wie ist mit den Nicht-Afrikanern, Syrern, Afghanen, Irakern usw. zu verfahren (wie mit „Afrikanern“?); zählen Nordafrikaner wie Algerier, Marokkaner, Tunesier usw., „die giftige Mischung aus nordafrikanisch-arabischer Kultur und Religion, die sich in der Kölner Silvesternacht Bahn brach“<sup>3</sup> auch zu „Afrika“ oder ist nur Schwarzafrika gemeint? Überall offene Fragen, um die schiere Masse zu verschleiern!

Was, wenn nicht Grenzen („Zäune“), sollen Germoney und Europa der nächsten, „heftiger kommenden“ „Flüchtlingswelle“ von „Millionen verzweifelter Afrikaner“ entgegensetzen? Etwa „grenzenlose“ Hilfe für alle afrikanischen Stämme und Clans mitsamt ihren „kulturellen“ Eigenheiten auf europäischem, also für sie fremden Hohheitsgebiet als „Siedlungsraum“? Will er suggerieren, ihm sei bei „Millionen verzweifelten Afrikanern“, bekanntlich überwiegend jungen Männern, nicht klar, es nicht mit „verzweifelten Afrikanern“ sondern dem zwangsläufigen und längst angekündigten Ergebnis eines raschen Bevölkerungswachstums (-Überschuß) zu tun zu haben, das – wie wir sehen und und wer sehen kann schon lange weiß – *zwangsläufig* dank youth bulge zu politischer Instabilität nicht nur in Afrika führen *mußte*? *Youth bulge*, eine „Beule in der demographischen Kurve, ein Überhang an jungen Menschen“,<sup>4</sup> die keinen Platz in ihrer Gesellschaft finden und diesen für sich, wenn nötig, wie nicht nur in Afrika zu beobachten, auch mit Gewalt zu holen bereit sind? Will er diesen gewaltbereiten demographischen Überschuß afrikanischer Jungmänner „aus-“, das Problem propagandistisch nach Europa „um-

---

<sup>2</sup> Gladbeck 1988: Anatomie eines Geiseldramas. Spiegel Nr. 08/2008

<sup>3</sup> Muslimisches Frauenbild: Sie hassen uns, FAZ v. 11.01.2016, v. Samuel Schirmbeck

<sup>4</sup> Machen junge Männer Krieg?, Die Zeit v. 26.02.2004, v. Rainer Klingholz

verlagern“ helfen, indem das Wohlstands- und Sicherheitsgefälle Afrikas und Europas, getreu dem Motto „geteiltes Leid ist halbes Leid“, nach unten angeglichen wird? Warum sonst spricht Plasberg nicht treffender von der nächsten Invasion?

Auch wenn seit dem 05.09.2015 zunächst so getan wurde (und noch wird), als wäre für etwa 160.000 Syrer (konkret: „syrische Familien“) an der serbisch-ungarischen Grenze eine zu behebende humanitäre Notlage eingetreten, folgte man anderen Intentionen, die dem Souverän bis heute bösgläubig verschwiegen werden. Binnen weniger Tage wurden aus 160.000 „Migranten“ 500.000, eine Million Ausländer (ohne Familiennachzug) und täglich, wöchentlich mehr. So viele Soldaten (und im Kampfesalter sind die einfallenden Jungmänner bekanntlich) brauchten weder die Alliierten noch die Russen für ihre Invasionen („D-Day“, „Prager Frühling“). Wer sehen und denken kann, ist klar im Vorteil: Statt der syrischen Familien kamen Jungmänner, youth bulge, viele Neger, Mohammedaner (nicht nur aus Afrika!) aus Gebieten, wo ganze Dörfer und Ethnien (Hutu-Tutsi-Konflikt) abgeschlachtet werden, und Zigeuner. Nur sechs Tage später, am 11.09.2015, berichtete der „*Spiegel*“ von „beunruhigenden Tatsachen aus dem Ausland“, etwa einer Meldung der deutschen Auslandsvertretung in Kabul, die bekanntlich nicht in Afrika steht: Allein „In Afghanistan, so wurde die deutsche Botschaft in Kabul zitiert, gebe es Anzeichen, daß die Regierung eine Million Pässe ausgestellt habe, die die Ausreise nach Europa ermöglichen.“<sup>5</sup>

So wenig wie die Situation an der serbisch-ungarischen Grenze überraschend kam, so wenig überraschen die „Millionen verzweifelter Afrikaner“, für die Plasberg und seine Mit-Hofschranzen „Hart unfair“ die verbliebenen Schlaf-Michel weichklopfen wollten. Wie immer kann man diese dreisten Lügen mit fast uralten Zeitungsartikeln widerlegen, die auch Journalisten bekannt sein sollten! Vor fast 25 Jahren schrieb der „*Spiegel*“, daß jetzt nur die Vorhut und Spähtrupps der kommenden Invasion gepampert werden sollen, denn schon 1992 prognostizierten französische Demographen, „daß in den kommenden zwei Jahrzehnten allein aus Nordafrika (kursiv von hier) 30 Millionen Menschen nach Europa drängen werden“.<sup>6</sup>

*„Wer die Bürgerkriege überlebt und nicht an Aids dahinsicht“, schreibt Afrika-Experte Tezloff über die afrikanische Krise, „wird keine andere Wahl haben, als in prosperierenden Zonen abzuwandern.“*

Um es deutlich zu sagen: Wer die „Bürgerkriege“ überlebt hat, und das sehen wir bei den Zwischenfällen sowohl an den Grenzen wie in Italien und Spanien, wo Neger und „die giftige Mischung aus nordafrikanisch-arabischer Kultur und Religion“ ganze Stadtteile in Trümmer legen, ist weder politisch Verfolgter, noch „Flüchtling“ – außer man akzeptiert auch die Flucht vor dem Staatsanwalt als humanitären Fluchtgrund. Schon damals wurde gewarnt: „Um den Ansturm solcher Elendszüge zu verhindern, kann Europa es sich im eigenen Interesse kaum leisten, der afrikanischen Agonie tatenlos zuzusehen.“

Die „Wir schaffen das!“-„Eliten“, die uns nun beleeren und fordern, haben „tatenlos zugesehen“! 1992 waren die Kohl-Regierung (CDU/CSU in Koalition mit der FDP) einschließlich IM-Erika in „Verantwortung“, im September 1998 folgten Rot-Grün mit Schröder und Fischer, seit 2005 koalieren unter Merkel als Kanzlerin CDU/CSU und SPD. Was haben sie getan? Unfähigkeit als Politik verkauft (Stefan Aust)!

---

<sup>5</sup> **Länderminister:** „**Sie öffnen die Grenzen und lassen uns im Stich**“, Spiegel v. 11.09.2015, v. Melanie Amann, Matthias Gebauer u. Horand Knaup

<sup>6</sup> **Ein schwarzer Holocaust**, Spiegel Nr. 51 v. 14.12.1992, S. 148 ff.): Somalia ist kein Einzelfall. Frankreichs Verteidigungsminister... vermeint, nicht weniger als „30 Somalias in der Welt“ zu sehen.

Warum fragt Plasberg überhaupt, ob Europa *gegenwärtig* genug „gegen die Ursachen der Flucht tut“ und thematisiert nicht treffender, was von den „Eliten“ und Afrikanern bislang unterlassen wurde, oder was die Afrikaner aus 60 Jahren Milliarden Entwicklungshilfe sonst außer fremdfinanzierten Geburtenüberschüssen erschufen? Warum erinnerte er in dem Zusammenhang nicht daran, wie fernöstliche Länder solche Mittel im Gegensatz zu Afrika erfolgreich nutzten und zu „Tigerstaaten“ mutierten? Warum folgert er nicht zwangsläufig: „Warum wir lernen müssen, Nein zu Afrika zu sagen“?

Was sich dem Zuschauer angesichts der Sachlage noch viel weniger erschließt ist, warum er sich in jeder einschlägigen Sendung von zwangsläufig parteiischen Ausländern beleeren lassen soll, deren Loyalität gegenüber dem Unterschlupf gewährenden Volk, Staat und seiner Grundordnung zumindest fragwürdig ist?! Schließlich kamen sie nicht als Entwicklungshelfer, sondern in ein von vielen Generationen Deutschen in Jahrhunderten hochentwickeltes Land als „Schutz“- , viel häufiger Auskommensuchende aus Ländern, die nicht viel weniger rückständig sind als andere Herkunftsländer, über die in solchen Runden „diskutiert“ wird! Was sie an Lebensqualität, Rechtsstaat (den zu zerstören sie offenbar angetreten sind), Bildung und Ausbildung genossen, gaben nicht ihre schuldrechtlich verpflichteten Herkunftsländer, das alimentierten deutsche Steuerzahler auf der Grundlage Almosen, die sich nun zum Dank noch die Beleerungen dieser offenbar auf die „Führerin“ vereidigten Hofschranzen der Macht antun sollen!

Warum desinformiert und indoktriniert ein staatlicher, zwangsfinanzierter, qua Staatsvertrag zur objektiven Berichterstattung verpflichteter Sender seine wenigen verbliebenen Zuschauer noch heute so ungeniert, obwohl die Spatzen die Wahrheit längst von den Dächern pfeifen? Um sozialistische Urgesetze wie die kostspielige lebenslange deutsche Lösung afrikanischer Probleme am Leben zu erhalten?

Schamlose Empörung, Betroffenheit als Masche, Moralin morgens, mittags, abends, nachts um der Selbstaufgabe der europäischen Völker und ihres Kontinents Willen! Leicht widerlegbar abgesonderte, dem abGEZockten Zuschauer aufgetischte Hohlphrasen sind es, die die zunehmende tribalisierende innere Spaltung und Entfremdung der ganzen EU und Deutschlands vorantreiben, deren bisheriger (aber nicht letzter) Höhepunkt der Brexit war; Hohlphrasen die es zu allem Überfluß auf der Welt nicht nur der Lächerlichkeit preisgeben! „In Großbritannien blickt man voller Schrecken auf die Entwicklungen in Deutschland, dessen Regierung einige englische Kommentatoren nur noch als ‚the Hippie Gouvernement‘ bezeichnen. Ein britischer Bekannter meinte neulich: ‚Es ist schon eine Ironie der Geschichte, wie Deutschland zum dritten Mal binnen eines Jahrhunderts Europa in den Zerfall führt.‘“<sup>7</sup> Das Schlimmste an den absurdistanischen Zuständen ist aber für jeden noch halbwegs vernunftbegabten Menschen die totale Ausblendung der Realität, die Faktenresistenz und der unbedingte Wille dieser gefälligen Hofschranzen der Macht, den Kontinent zu unterwerfen! Voran die Schleuser-Queen, die dem letzten langsam erwachenden Michel noch immer das Schlaflied von der „europäischen (End-)Lösung“ singt und 27 andere EU-Staaten als „Geisterfahrer“ in Sachen „europäischer Werte“ denunziert.

Was ihnen (den Hofschranzen der Macht) auf den nächsten Seiten entgegengehalten wird, sind keine brandneuen Erkenntnisse, sie haben viel mehr „so einen langen Bart“, sind in einem Fall 224 Jahre alt, in den weiteren seit Jahrzehnten jedem öffentlich zugänglich, was den Vorgang umso verwerflicher macht! Selbst die Lebenslüge der Linken von der Schuld der namentlich stets unbenannten Kolonialmächte (also „alle weißen Männer“) wurde auch im September

---

<sup>7</sup> **Zornige junge Männer sind in Europa angekommen**, Die Presse (AT) v. 15.05.2016, v. Karin Kneissl: *Zwischen demographischer Verklärung und bitterer Neige zur Radikalisierung: noch eine Facette der Asyldebatte*.

2016 unwidersprochen als Monstranz vor sich hergetragen, obwohl schon vor mehr als 24 Jahren „in etlichen“ afrikanischen Ländern gefragt wurde: „Wann ist die Unabhängigkeit vorbei?“

Unbeantwortet blieb insbesondere die alles entscheidende Frage: Was soll mit den Kontinentaleuropäern geschehen, die *ihren Kontinent* zu dem machten, was er ist – ihn für die Afrikaner räumen um das zu vollenden, was sie in Afrika begannen oder ihn verteidigen? In Nummer 162 des *Kursbuchs* gab der Sozialwissenschaftler Gunnar Heinsohn schon lange vor der Invasion in einer weit ausholenden Abhandlung die Antwort auf das absehbare Ende Deutschlands („Finis Germaniae?“) und Europas bei einem Weiterso:

*„Wer heute in Kontinentaluropa jünger als 40 ist und nicht alsbald den Weg nach Nordamerika findet, wird sich später nur selbst Vorwürfe machen können.“*

Und trotzdem? – Oder anders gefragt: Für wie blöde soll der Souverän noch verkauft werden?

## Äußerer „Faktencheck“

An den afrikanischen Zuständen, der Größe des Wohlstands- und Sicherheitsgefälles zu Europa, ist nicht der weiße Mann Schuld, sondern Afrika im Allgemeinen, der Afrikaner im Besonderen. Denn er hat trotz milliardenschwerer europäischer Hilfen das aus seinem an Bodenschätzen und sonst reichen Kontinent gemacht, was der heute ist: Das abgewirtschaftete Armenhaus der Welt, dessen einziger „Exportschlager“ meist analphabetische Geburtenüberschüsse sind (spätestens seit den 1970er Jahren bekannt), deren Probleme kein vernunftbegabtes Volk der Welt mit all ihren „Konflikten und Auseinandersetzungen, wie sie aus der Aufnahme großer ethnisch und kulturell fremder Bevölkerungsgruppen entstehen“ (Martin Neuffer), auch noch im eigenen Land auf seiner Tasche liegen haben und ertragen müssen will!

*„An der negativen Wahrnehmung des Kontinents allerdings sind die Afrikaner selbst schuld. Seit Jahr und Tag hört der Westen vom Willen zur Veränderung, von Eigeninitiative und von Verantwortungsbewußtsein. Doch die Ankündigungen sind zumeist Ankündigungen geblieben... Afrika empfindet es als Naturgesetz, daß andere afrikanische Probleme lösen.“<sup>8</sup>*

Wenn es nur die „Wahrnehmung“ des Kontinents wäre!

Wie Afrika war Europa ein (tatsächlich armer, weil nicht mit Bodenschätzen gesegneter), krisen- und kriegsgeschüttelter, teilweise von (auch mohammedanischen) Despoten unterjochter Kontinent, der 1918 und 1945 restlos in Trümmern lag. Mit an europäischer Entwicklungshilfe für Afrika gemessen dürftigen *Kredit*en schufen die Europäer den Kontinent, von dem heute die halbe Welt als Hort der technischen und wissenschaftlichen Innovation wie der mitmenschlichen Hilfe träumt. Dreißig Jahre später, 1975, zahlten Europa und die Europäer seit ca. 13 Jahren **in vierfacher Hinsicht Entwicklungshilfe** an Afrika: **1.** Entwicklungshilfe im ureigentlichen Sinne, **2.** durch die Aufnahme nicht benötigter „Gastarbeiter“ und „Asylanten“, die Devisen für ihre Länder zu deren Aufbau erwirtschafteten und zugleich den heimischen Arbeitsmarkt entlasteten oder **3.**, oft neben kriminellen Einkünften Sozialhilfe einstrichen und überwiesen; **4.** durch beachtliche Spendenaufkommen der Europäer für Afrikaner. Und Plasberg wie seine „Diskutanten“ (einschließlich Botschafter Györkö) thematisierten das mit nicht einer Silbe, sondern fragen allen Ernstes, was wir heute *noch* alles „tun“ können?!

---

<sup>8</sup> **Wer in Afrika (nicht) aufräumt**, FAZ v. 21.03.2006, S. 1, Komm. v. Thomas Scheen.

Und Afrika? 1992, nach 30 Jahren Unabhängigkeit von europäischen Kolonialstaaten, der von ihnen hinterlassenen, aber von Afrikanern zerstörten oder verwildern gelassenen reichen Infrastruktur <sup>9</sup> (A. Schweitzer: „Und sie werden seine ganze Arbeit zerstören.“), hat der einstige „Kontinent der Zukunft“ „Untergangsängste“ und überlegt, ob es für ihn nicht besser wäre, kämen die bis heute viel gescholtenen einstigen Kolonialherren zurück:

*„30 Jahre nach ‚Uhuru‘ - Kisuheli für Freiheit und Unabhängigkeit von weißer Kolonialherrschaft - scheint es für Afrika keine Chance zur Selbsthilfe mehr zu geben. Nach nur einer Generation der Selbstregierung erschüttern Untergangsängste den einstigen ‚Kontinent der Zukunft‘. Seine Gesellschaftsmodelle sind gescheitert, seine Staaten zerfallen, seine Bewohner überleben in weiten Teilen nur am Tropf der internationalen Katastrophenhilfe... Selbst Nostalgie nach Kolonialtagen kommt auf. Die Nationalkonferenz von Zaire möchte den Staat - wie zu Zeiten der Belgier - in Kongo zurückbenennen. In etlichen Ländern fragen verzweifelte Bürger: ‚Wann ist die Unabhängigkeit vorbei?‘“<sup>10</sup>*

Weshalb kam in nachkolonialen Afrika alles anders, als die Afrikaner erwartet hatten? Liegt es an der (auch kolonialen) Geschichte, dem Klima, äußeren Widrigkeiten oder an den Negern selbst? „Viele Leute glauben, daß Afrikaner unfähig sind, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln“, meint Ugandas damaliger Präsident Youweri Museveni, „und zuweilen frage selbst ich mich das.“<sup>11</sup> Was seither kam, kam nicht einmal überraschend und hätte weder eines Youweri Museveni noch eines Albert Schweitzers bedurft, wäre man nur Erkenntnissen gefolgt, die 1992, oder 30 Jahre nach „Uhuru“, ihren 200. Geburtstag begingen. Der britische Gouverneur John Clarkson hatte 1792, nach Gründung der westafrikanischen Kolonie Sierra Leone, seine Zukunftsprognose für den Kontinent abgegeben, als „Vorurteil“ schon lange widerlegt:

*„Segne, o Herr, die Bewohner dieses weiten Kontinents, so daß sie bereitwillig unsere Lehren befolgen, doch ich fürchte, daß sie sich nicht von meinem Rat leiten lassen und sich und ihre Kinder auf immer zugrunde richten.“<sup>12</sup>*

Allen Befürwortern der weiteren Invasion, voran Lahai, die nicht nur sich selbst, sondern allen Wissenden mit ihren gestanzten Phrasen eklatant widerspricht (Afrika sei „ungeheuer interessant, vital, bunt, kulturell im Aufschwung, auch wirtschaftlich“), typisch Sozialistin nicht einmal zu erklären versucht, warum die Bewohner des „im Aufschwung“ befindlichen Kontinents tatsächlich flüchten, halten wir nach den besseren Einsichten Gouverneur John Clarksons, Albert Schweitzers und des Ex-Präsidenten Youweri Museveni die weiteren eines afrikaerfahrenen amerikanischen Journalisten entgegen – der im Gegensatz zu Lahai sogar in der Masse der Afrikaner anonym bleibt: „Ich kann in Kinshasa oder Khartum in ein Meer von schwarzen Gesichtern eintauchen, in die Anonymität des Nicht-Erkennbaren. Doch ich bin keiner von ihnen, ich bin aus einer anderen Welt.“

---

<sup>9</sup> Näher zur zerstörten bzw. überwucherten, von den Kolonialstaaten hinterlassenen Infrastruktur, afrikanischem Selbstverständnis, „weißer“ bzw. „nichtweißer“ Verhaltensweisen am Beispiel Philippa Ebénés, „Geschäftsführerin“ der Berliner „Werkstatt“. Tochter einer weißen Mutter und eines schwarzen Vaters, die vom „Schwarzsein“ lebt und den Deutschen erklären will, wie dankbar sie den „Coloured Peoples“ zu sein haben, weil die sie vom „Faschismus“, den nationalen Sozialisten, „befreiten“; „**Afrikanischer Spaltpilz**“, Uwe Gattermann, 2009, erhältlich als pdf.-Datei gegen eine Schutzgebühr von 5,00 Euro.

<sup>10</sup> **Afrika, nein Danke!**, Spiegel Nr. 34 v. 18.08.1997, S. 154, v. Keith B. Richburg und Follath: *Keith B. Richburg, ein schwarzer Amerikaner, will nichts mit der Heimat seiner Urväter zu tun haben.*

<sup>11</sup> **Ein schwarzer Holocaust**, Spiegel Nr. 51 v. 14.12.1992, S. 148 ff.): Somalia ist kein Einzelfall. Frankreichs Verteidigungsminister... vermeint, nicht weniger als „30 Somalias in der Welt“ zu sehen.

<sup>12</sup> **Ein schwarzer Holocaust**, Spiegel Nr. 51 v. 14.12.1992, S. 148 ff.): Somalia ist kein Einzelfall. Frankreichs Verteidigungsminister... vermeint, nicht weniger als „30 Somalias in der Welt“ zu sehen.

Keith B. Richburg war von 1991 bis 1994 Afrika-Bürochef der „Washington Post“ (wie Lahai) in Nairobi. In seinem Buch „Out of Amerika“ rechnet er mit dem Schwarzen Kontinent ab:<sup>13</sup> „Ich danke Gott, daß meine Vorfahren es geschafft haben, diesen Kontinent zu verlassen, ihre Reise zu überleben.“

Richburg „menschelnd“ zu „seinen“ Afrikanern, deren Werten und gelebter Solidarität:

*„Glauben Sie mir, ich hasse Afrika und seine Menschen nicht. Was ich hasse, ist die Brutalität, die Vergeudung menschlichen Lebens, die Ungerechtigkeit, mit der diktatorische Regime den Menschen ihre Würde rauben.“*

*Ich hasse es, wenn mein Fahrer in Somalia sich weigert anzuhalten, damit ich einer verdurstenden Frau eine Wasserflasche reichen kann. Ich hasse die Kids mit ihren lässig übergeworfenen Maschinengewehren, die nur so zum Spaß auf die Alten einschlagen, die sich an einer Hilfsstation nach einer Handvoll Haferschleim angestellt haben. Ich hasse den Big Man, der seine ganze Regierung und das diplomatische Korps in sengender Hitze am Flughafen antreten läßt, um sich zu irgendeiner Auslandsreise verabschieden zu lassen. Ich hasse den Beamten des Diktators, der mich belehrt, daß ‚die Weißen‘ sein Land in den Ruin getrieben hätten.“*

Richburgs Einsichten aus seinen afrikanischen Erfahrungen, mit denen er nicht alleine steht, sondern (nicht nur) in Rupert Neudeck einen prominenten Mitstreiter hat: Ende im Gelände:

*„Ich bin es leid weiterzulügen. Ich bin diese Ignoranz und Heuchelei über Afrika satt. Ich habe drei Jahre zwischen seinen Leichen gelebt. Ich bekam eine AK-47 gegen meine Schläfe gedrückt; ich sprach mit macheteschwingenden Hutu-Milizen, deren T-Shirts noch vom Blut ihrer Opfer bespritzt waren; ich erlebte eine Choleraepidemie in Zaire, eine Hungersnot in Somalia, einen Bürgerkrieg in Liberia. Ich sah Städte zu Schutt gebombt und andere Städte zu Müllhalden reduziert – weil ihre Führer sie verrotten ließen, beschäftigt damit, Milliarden von Dollar auf ihre Auslandskonten zu transferieren.“*

Zu zu „Müllhalden reduzierten“ Städten gehören vor den gern bemühten Führern Städter, die sie dazu „reduzieren“! Wer heute die Zustände an europäischen Grenzen, in, anders als aus Europa gewohnt, oft auch schon „vermüllten“ europäischen Städten, Ausländerghettos, siehe z. B. in Birmingham und Paris 2005, London 2011, Stockholm, Malmö 2013 oder deutschen Parks (z. B. den Schanzenpark in Hamburg) betrachtet, weiß, Afrika prägt Europa in großen Eilschritten auch ohne seine Führer täglich viel mehr mit all seiner „interessanten, kulturellen Vitalität und Buntheit“, als vielen zusehens heimatlos werdenden Deutschen und Europäern lieb ist:

*„Mit Unmut verfolgen dagegen die alteingesessenen Schanzenbewohner die schnellen Karrieren der Schwarzen. Bei ihrer Ankunft sähen die noch aus, als hätten sie sich in der Kleiderkammer der Caritas ausstaffiert. Wenige Wochen später scheinen sie saniert. ‚Den schwarzen Dealer im Schanzenpark erkennt man an der Markenjeans, den Markenschuhen, Sweatshirts, Baseballkappe, einem teuren Mountainbike und zwei, drei schweren Goldkettchen am Hals‘, erklärt der Vorsitzende des Ortsvereins der SPD, Martin Schäfer, 45, kühl... Wie Prostituierte aus osteuropäischen Ländern würden sie mit Versprechungen gelockt, in Deutschland schnell viel Geld zu verdienen. Zuvor müßten sie jedoch die Schlepperschulden abbezahlen - angeblich bis zu 20.000 Mark. ‚Sie fangen im*

---

<sup>13</sup> **Afrika, nein Danke!**, Spiegel Nr. 34 v. 18.08.1997, S. 154, v. Richburg, Keith B. und Follath



*Drogengeschäft an‘, erklärt Rau, „dann sind sie bald süchtig nach dem Geld, das man dort machen kann, und bleiben darauf hängen.“<sup>14</sup>*

Weil fast 20 Jahre alt, spiegelt dieser Artikel die heutige, zwischenzeitlich „tradierte“ deutsche Realität sich zunehmend ausbreitender afrikanischer Krankheit wider. Weil auch Deutsche (und Europäer) Rechte und nicht nur Pflichten haben, müssen sie umdenken und klar fordern: „Wir müssen lernen, Nein zu Afrika zu sagen“! Nein zur erfolgten und weiteren Annektion europäischer Gebiete durch Afrikaner mittels deren Rückführung und Abweisung schon an den Grenzen (dafür sind sie da)! Nein zur weiteren Ausbeutung und Ausdünnung der (noch) Mehrheitsgesellschaft. Wer als Ausländer deren Jugend und damit Zukunft in die Drogensucht führt und dort hält, präkarisiert und tötet sie, beweist damit sein afrikanisches Menschenrechtsverständnis und hat in der Zivilisation nichts verloren! Was wir seit Jahrzehnten auf unserem Kontinent erleben, ist keine „humanitäre“ Maßnahme, nicht einmal einseitige, sondern, in den treffenden Worten des ungarischen Botschafters, Péter Györkös, zumindest „eine wahre Völkerwanderung in Richtung Europa“, die psychische und physische Vernichtung der Aufnahmegesellschaft eingeschlossen, wogegen es nur eine Lösung gibt: „Europa muß zur Festung werden.“ Mit zeitgeistig beschönigenden Worten gelangt er damit zu der fast 40 Jahre alten, in klarere Worte gefaßten Erkenntnis des früheren niedersächsischen SPD-Kommunalexperthen Martin Neuffer zur deutschen Ausländerpolitik: „**Die Reichen werden Todeszäune ziehen**“.<sup>15</sup> Denn, um die **Uno-Resolution 794** zu Somalia in den wenigen, viele Tatsachen verschweigenden Worten der „*Washington Post*“ wiederzugeben:

*„Länder, die unfähig sind, für ihre Bürger zu sorgen, verlieren den Anspruch auf Souveränität.“<sup>16</sup>*

## **Darum müssen wir lernen, Nein zu Afrika zu sagen**

Ein „Nein“ zu Afrika bedeutet noch lange kein generelles Nein, sondern weitere Hilfe unter Vorbehalt, anderen Bedingungen und im notwendigen Rahmen, Nein zum Weiterso! Entwicklungshilfe ist kein Beschäftigungsprogramm, sondern Aufbauhilfe sowohl auf Geber- wie Nehmerseite. Sie erfüllt keine moralischen oder vorgeblich moralischen Ansprüche (die in der kritisierten Sendung unter Ausblendung der ökonomischen, tatsächlichen und rechtlichen Seite einzig erhoben wurden) und schon gar keine christlichen (z. B. „Nächstenliebe“ gegenüber „Fernsten“). Entwicklungshilfe ist nüchterne, langweilige Ökonomie, verbunden mit Sachzwängen, weil „Europa nie in der Lage (sein) wird, alle Probleme Afrikas auf europäischem Boden zu lösen, sonst kriegen wir auch hier in Europa große Probleme“ (Botschafter Péter Györkös).

„Entwicklungshilfe“ ist, wie schon der Terminus verdeutlicht, Hilfe sich zu entwickeln, Hilfe zur Selbsthilfe. Dabei haben beide Seiten, Geber wie Nehmer, 60 Jahre lang kläglich versagt, was schon für sich genommen viel über die geistige Verfaßtheit der „Eliten“ aussagt. Jede weitere Hilfe im gewohnten Trott des einseitigen Gebens und Nehmens geht zu Lasten des Gemeinwohls und der Steuerzahler auf Geberseite, richtete sie „und ihre Kinder“, wie die Nehmerseite, *in jeder Hinsicht* „auf immer zugrunde“ (Gouverneur John Clarkson, 1792).

---

<sup>14</sup> **Hasch, Koks und Anmache**, Spiegel Nr. 26 vom 23.06.1997, S. 48 ff.

<sup>15</sup> **Hasch, Koks und Anmache**, Spiegel Nr. 26 vom 23.06.1997, S. 48 ff.

<sup>16</sup> „**Die Reichen werden Todeszäune ziehen**“, SPIEGEL Nr. 16 v. 19.04.1982, S. 35 ff.: SPD-Kommunalexperte Martin Neuffer über die Ausländerpolitik der Bundesrepublik.

Geber und Nehmer von Hilfen stehen sich nicht, das muß klar sein, auf „Augenhöhe“ gegenüber, sondern in einem Verhältnis der Über- und Unterordnung, weswegen sich im deutschen Sozialrecht der Grundsatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ durchgesetzt hat, der auch und insbesondere hier, zwischen zwei Staaten, von denen der eine etwas geben soll, der andere etwas haben will, zu gelten hat: Strenge Vorschriften, wofür (Zweckgebundenheit) mit wie viel Geld- oder Sachleistungen geholfen wird, strenge Kontrollen des Verwendungszwecks. Und in dessen Zentrum stehen nun einmal keine Animositäten von Stämmen und Clans, nicht einmal Staaten oder Religionen, sondern die universalen Menschenrechte! Und so war und ist es immer eine Kriegserklärung an die gesamte aufgeklärte Menschheit, ein Land, dessen staatliche Strukturen und dessen Rechtssystem mit Milliardenbeträgen aus Deutschland und Europa aufgebaut werden, ungestraft die universellen Menschenrechte mit Füßen treten zu lassen (auch die ständig verleugneten Menschenrechte der von der Invasion betroffenen Europäer).

Hier offenbaren sich ideologisch bedingte intellektuelle Defizite Linker, der „Friedensmacht“ Europa (Gerhard Schröder), der „für nicht wenige Intellektuelle letzten verbliebenen Utopie“ (Helmut Schmidt: „Wer Utopien hat, sollte zum Arzt gehen“), wonach ein friedlich geeintes Europa zum „Baustein und zugleich zum Modell einer neuen Weltordnung“ werde („deren Institutionen in der Lage wären, Konflikte kommunikativ statt konfrontativ zu lösen; zunächst in Europa, später dann in der ganzen Welt“).<sup>17</sup> Kollektivistisch denkend (Sozialistische Internationale) führen sie gern das Wort von den „universalen Menschenrechten“ auf den Lippen und blenden dabei aus, daß die „Würde des Menschen“ (Art. 1 I. 1 GG) zuvörderst Individualrecht ist und sie „zu achten und zu schützen ... Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (im Geltungsbereich des Grundgesetzes, in anderen Staaten gelten deren Normen, vgl. auch Uno-Resolution 794 über Somalia). Daß die individuelle Menschenwürde in Afrika Tag für Tag millionenfach mit Füßen getreten wird (und die der Europäer durch die Invasoren zunehmend ebenfalls), ist nicht mehr das Problem der fremdes Geld umverteilenden Kollektivisten, sondern eines anderen Kollektivs, etwa der Menschenrechts- und Integrationsindustrie.

Weil der Mensch aus Erfahrung nur mit Mangelgütern sorgsam umgeht und Überschüsse sorglos behandelt, sind der einzelne Mensch und dessen Würde in Staaten mit Bevölkerungsüberschüssen zwangsläufig weniger wert als in Gesellschaften mit wenigen Menschen. Hinzu kommen in Afrika noch Stammes- und Clandenken. Das brachte schon Keith B. Richburg (S. 7) in zweifacher Hinsicht so treffend zum Ausdruck: „Ich hasse es, wenn mein Fahrer in Somalia sich weigert anzuhalten, damit ich einer verdurstenden Frau eine Wasserflasche reichen kann.“ Nur auf einem Kontinent wie Afrika, der schon im Jahr 2000 „bereits über eine Milliarde Menschen“, ohne ausreichende Lebensmittelversorgung in Futterkonkurrenz verfangen, beherbergte, sehen ein in Agonie verfallender Staat und seine Bürger einfach dabei zu, wie „jährlich 40 Millionen Hungertote“, „auch heute wieder 40.000 Kinder sterben – alle zwei Sekunden eines ... in den Armen der Mütter, die selbst nicht mehr die Kraft haben, ihrer Trauer Ausdruck zu verleihen“, ein „nur noch in Megatonnen ausdrückbares Produktionsvolumen“ (Hoimar von Dittfurth). Nur wer das in sein Handeln einpreist, kann nachvollziehen, wie wenig die „Würde“ des einzelnen Menschen auf diesem Kontinent wert ist! Und nur er weiß, welche Konsequenzen daraus sowohl in seiner Entwicklungspolitik wie den Umgang mit einfallenden Invasoren zwangsläufig sind, nur er kann adäquat und in Verantwortung vor dem eigenen Volk handeln!

Zweckentfremdete Sach- oder Geldleistungen sind in Abzug zu bringen, die Leistungen gegebenenfalls auch ganz einzustellen. Wie im deutschen Sozialrecht sind Hilfeleistungen nicht generell Almosen, sondern können und müssen von Hilfsbedürftigkeit und Mitwirkung abhängig gemacht werden. Vermögende oder sonst leistungsfähige Staaten (z. B. mit Bodenschätzen u. ä.), haben zunächst eigene Mittel einzusetzen, auch die darlehnsweise Hingabe von Hilfeleis-

---

<sup>17</sup> **Europäismus als Selbsttäuschung**, FAZ v. 29.03.2006, S. 9, von Arnulf Baring

tungen kommt in Betracht (Subsidiarität: Selbsthilfe vor Fremdhilfe). Was der Proband – tatsächlich wie materiell – selbst aufzubringen in der Lage ist, hat er selbst zu leisten! Dazu gehört an erster Stelle, was schon Gouverneur John Clarkson forderte: „unsere Lehren befolgen“ und das nicht nur anzukündigen! Der deutsche Staat ist – weder nach innen noch nach außen – keine „Ich-wünsch-mir-was“-Veranstaltung, sondern Sach- und Vermögensverwalter des deutschen *Souverän*, dem er zur Rechenschaft verpflichtet ist; denn was dem Einen gegeben wird, muß Anderen erst genommen werden. Im Innenverhältnis bedeutet das aber auch, daß es nicht seine Aufgabe ist, am deutschen Wesen die Welt genesen lassen zu wollen (am sozialistischen schon gar nicht). Wie schon die alten Preußen zu sagen pflegten, soll (im rechtlichen Rahmen) jeder nach seiner *Façon* glücklich werden. 60 Jahre gescheiterte Entwicklungshilfe sollten Anlaß genug sein, nicht nur einen adäquaten Umgang mit dem Probanden zu pflegen (das gilt nicht minder für die „Eliten“ auf der Geberseite, insbesondere dann, wenn sie, wie etwa Bierdel, von ihrer „Hilfe“ profitieren), sondern auch für die eigene Seite: Entwicklungshilfe braucht kein Beschäftigungsprogramm, sondern ein klares Aufgabenfeld! Streng nach Albert Schweitzers vieljährigen Erkenntnissen: „Du der Meister und sie die Unterlegenen, wie die Kinder, denen man hilft oder die man lehrt. Nie sich mit ihnen auf Augenhöhe verbrüdern.“ Für Sozialisten nicht minder „unmodern“ und trotzdem noch heute treffend: „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“!

Bei dieser Hilfe zur Selbsthilfe muß man zunächst die demographischen und räumlichen Realitäten sehen und berücksichtigen: 1950 hatte Europa auf 10 Mio. km<sup>2</sup> Landfläche 547 Millionen Einwohner, Afrika auf 30,3 Mio. km<sup>2</sup> mit 227 Millionen Einwohnern unter kolonialer Aufsicht nicht einmal die Hälfte davon. Fünfzig Jahre später zählte die Bevölkerung Europas 733 Millionen Mitglieder, während im von Hilfeleistungen abhängigen Afrika bereits über eine Milliarde Menschen, meist Bittsteller, lebten. Die Uno prognostiziert, daß im Jahre 2050 691 Millionen alternder Europäer rund zwei Milliarden durchschnittlich viel jüngeren Afrikaner (wohlbermerkt: Afrikaner in Europa werden nicht als Afrikaner, sondern als „Europäer“ mitgezählt!) gegenüberstehen werden. Bleibt das Wohlstandsgefälle wie es ist (woran unter tradierten Umständen kaum Zweifel bestehen), werden, wie wir gegenwärtig sehen, künftig noch gewaltigere Invasionen nach Europa einzufallen suchen. Dem gilt es vorzubeugen. Die meisten Lampedusa-Flüchtlinge stammen hauptsächlich aus Eritrea und Somalia, was kein Zufall ist. Beide Staaten weisen laut Uno-Statistiken („Population Division“) ein enorm dynamisches Bevölkerungswachstum auf (vornehmere Worte für Geburtenüberschüsse). Die institutionell verwüsteten Länder sind für nachwachsende Generationen kein verlockendes Territorium. So lange man mit einer gewissen Chance auf Erfolg in Deutschland und Europa landen kann, bleiben die Anreize für weitere Invasionen erhalten. Deswegen brauchte Europa „Zäune“ schon gestern, nicht erst morgen. Der demographische Druck aus Afrika – beileibe keine neue Erkenntnis – wird zunehmen,<sup>18</sup> deswegen darf und kann Europa nicht einfach die Tore öffnen, ohne seine kulturelle Identität, auch ein Menschenrecht, und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu verlieren.

Hilfe zur Selbsthilfe bedeutet nicht zwingend Aufgabe der staatlichen Souveränität oder gar Selbstverleugnung, wohl aber deren Unterordnung unter das gemeinsam gesetzte staatliche Ziel (was in jeder Solidargemeinschaft eine Selbstverständlichkeit ist). So ist auf afrikanischer Seite zwar in engen Grenzen dem „unüberhörbaren Verlangen nach Selbstbestimmung“ ethnischer Gruppen Rechnung zu tragen, gleichwohl auf den ursprünglichen Weg der afrikanischen Gründungsväter zur Staatenbildung zurückzukehren. Wie das zu geschehen hat, muß allein der (durchaus von außen kontrollierten) Problemlösung der jeweiligen Staaten anheim gegeben werden, da die komplizierte innere Ordnung des Interessenausgleichs zwischen Stämmen und Clans für Außenstehende unverständlich ist und Einmischungen, wie aus leidvoller Erfahrung bekannt, unweigerlich zum Chaos führen (das in Afrika unstreitig schon heute herrscht):

---

<sup>18</sup> **Völkerwanderung: Afrikas Schuld, Afrikas Pflicht**, Weltwoche v. 15.06.2016, v. Roger Köppel

*„Es gibt Gesellschaften, die man traditionell zu nennen pflegt, deren innere Ordnung auf einem komplizierten und von außen nicht immer verständlichen Interessenausgleich zwischen den Clans und Stämmen beruht. Jede äußere Einmischung, und sei sie noch so gut gemeint, führt dort unweigerlich zum Chaos. Die besten Beispiele dafür sind Afghanistan und Somalia... und Schuld daran (daß sich durch Intervention nichts ändert, d. Verf.) sind nicht die Fehler oder böse Absicht – das ist einfach das Gesetz von Stammesgesellschaften.“<sup>19</sup>*

Afghanistan und Somalia waren nur die Vorboten dessen, was die Selbstüberschätzung der „westlichen Eliten“ noch auslösen sollte. Erinnert sei in dem Zusammenhang insbesondere an den „Arabischen Frühling“, der sie frohlocken ließ, am Ziel ihrer Wünsche, der „westlichen Demokratie“ im arabischen Raum, angekommen zu sein, der erwartungsgemäß in religiösen Wahnschüben (Sunniten gegen Schiiten) endete.

Afrika ist vor allem ein tribalistischer Kontinent, dessen kulturelles Erbe der vielen unterschiedlichen Stämme und Clans (keiner Völker), Religionen und Sprachen bzw. Dialekte die Bildung von auf gemeinsamen Werten ruhenden Solidargemeinschaften und Staaten, wie sie in Europa existieren, erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht. Was immer übersehen wird ist die hier wieder in den Vordergrund tretende Tatsache, daß Stammeswesen stets auch eine Art Parteisystem ist (Interessengruppen)! Und damit zugleich ein schwerwiegendes Argument gegen „bunte“ Gesellschaften. Was auf dem „Zukunftskontinent“ nach dem Ende der Kolonialherrschaft zunächst zu funktionieren schien und heute zunehmend am „unüberhörbaren Verlangen nach Selbstbestimmung“ ethnischer Gruppen scheitert, muß mit dem gebotenen *inneren* Nachdruck von den Afrikanern wieder aufgenommen werden. Wie soll und will man solche ethnisch denkenden und handelnden Interessengruppen, unabhängig von ihrem Bildungsmangel, in Europa integrieren, wenn sie schon im eigenen Biothop unintegrierbar sind? Dieses „größte Problem“ Afrikas ist selbstgemacht und völlig unabhängig von tatsächlichen oder angeblichen Despoten, die als Vertreter von Interessengruppen nur deren Auswüchse sind:

*„Staatenbildung, gute Regierungsführung sowie ethnische und religiöse Auseinandersetzungen sind die Hauptprobleme Afrikas. Die nationale Einheit der existierenden Staaten ist in vielen Ländern bedroht. Das Verlangen nach Selbstbestimmung ist bei vielen ethnischen Gruppierungen unüberhörbar. Das hatte alles ganz anders angefangen, als im Jahre 1963 die afrikanischen Staaten in Addis Abeba zusammenkamen, um die Organisation der afrikanischen Einheit (OAU) zu gründen. Der panafrikanische Gedanke regierte damals über alles. Die Gründungsväter Afrikas haben sogar die kolonialen Grenzen übernommen, weil sie die Bildung von Nationalstaaten in Afrika als die große Priorität ansahen. Es hieß damals: ‚Nein, du bist nicht nur Kikuyu, sondern auch Kenianer. Du bist nicht nur ein Ibo, sondern auch Nigerianer.‘ So wollten die Staatschefs dem damals grassierenden Tribalismus Paroli bieten... Meiner Meinung nach ist der einzige Ausweg aus diesem ethnozentrischen Denken die Bildung demokratischer Föderalstaaten. Mit Ausnahme von Somalia sind schließlich alle afrikanischen Staaten Vielvölkerstaaten. Aber diese unterschiedlichen Gruppierungen müssen ihre Zusammengehörigkeit unter einem staatlichen Dach bejahen.“<sup>20</sup>*

Daß es mit dem notwendigen Willen geht, zeigen Indien, ein Staat, der noch viel mehr Ethnien und Religionen innerhalb seiner Grenzen beherbergt als die meisten afrikanischen Länder, und

---

<sup>19</sup> **Gefährliche Einmischung von außen**, FAZ v. 30.12.2006, „Stimmen der Anderen“, Moskauer Tageszeitung „Kommersant“, S. 2

<sup>20</sup> **Prinz Asserate im Gespräch: Afrikas Hoffnung verläßt den Kontinent**, FAZ v. 18.07.2015, v. J. Hieber

die Neger selbst. Ob weltweit, in Amerika oder Europa werden sie nie müde, sich als „Coloured people“ gegenüber Weißen und anderen Ethnien durchzusetzen und „farbige“ Gemeinschaften zu bilden (oder treffender: ethnozentrische „Gegen-Gemeinschaften“). Es geht also. Die alles beherrschenden Stämme und Clans in Afrika verteidigen im Kleinen, was auswärtige Neger-„Communitys“ im Ausland verteidigen: Als Interessengruppen sämtliche Gelder, Pöstchen und Privilegien (vgl. dazu unten, am Beispiel ANC in Südafrika und Philippa Ebéné, Berlin), ihre materielle Grundlage, ethnozentrisch ohne jedes Unrechtsbewußtsein zu erschließen und als Stamm oder Clan zu erhalten. Im Großen weltweit ebenso ethnozentrisch mit dem sattsam bekannten Rassismusvorwurf als „Farbige“ gegen „Weiße“ – warum also sollen sie nicht auch im Interesse eines Staates ebenso gemeinschaftlich handeln können?

*„Wenn... Riesenaufträge vergeben wurden, flossen immense Bestechungsgelder. Den Afrikanern, die kassierten, fehlte oft jedes Unrechtsbewußtsein; nicht das Interesse des Staates, sondern das Wohlergehen der eigenen Sippe war für sie oberstes Gebot.“<sup>21</sup>*

Nur von einem unerreichten und unerreichbaren, auch nicht der Entwicklungshilfe unterfallenden erklärten Ziel, sollten sich Entwicklungshelfer zumindest für lange Zeit verabschieden: Eine Demokratie im europäischen, deutschen oder „westlichen“ Sinn einzuführen, das wird schon wegen der mentalen und kulturellen Divergenzen ganz sicher nicht gelingen! Afghanistan und Somalia haben es stellvertretend für alle in Stammes- und Clandenken verfangenen „Kulturen“ bewiesen, der „Arabische Frühling“ sollte auch dem letzten Traumtänzer die Augen geöffnet haben (wobei nicht unterbleiben darf, auf den Widerstand innerhalb der EU hinzuweisen, deren Demokratieverständnis sich nicht mit dem der Europäer deckt). Der damalige deutsche Verteidigungsminister von Guttenberg (CSU) sprach stellvertretend für Afghanistan aus, was für alle diese Länder gilt:

*„Der Westen sollte sich nach seiner Überzeugung von dem Ziel verabschieden, in Afghanistan eine Demokratie nach westlichem Vorbild zu etablieren. Und er fordert, die ‚gewachsenen Kulturen‘ des Landes nicht zu ignorieren... ‚Ich bin schon länger zu der Überzeugung gelangt, daß Afghanistan gerade wegen seiner Geschichte und seiner Prägung sich nicht als Vorzeige-Demokratie nach unseren Maßstäben eignet‘.“<sup>22</sup>*

Entwicklungshilfe im nämlichen Sinne umfaßt, ganz am Rande, auch keine Nachhilfe in „demokratischen“ Belangen, sondern zuvörderst die in Afrika dringend benötigte Verbesserung der demographischen, wirtschaftlichen, sozialen und zivilisatorischen Bedingungen auf einen Stand zu bringen, daß die Ursachen für weitere Invasionen abgestellt werden. Das beinhaltet, wie wir selbst aus Europa mit seinem mentalen und ökonomischen Nord-Süd-Gefälle wissen, weder wirtschaftliche noch soziale „Gleichheit“. Wie ebenfalls bekannt, hängen Demokratie und wirtschaftlicher, damit sozialer Erfolg, nicht unmittelbar voneinander ab, wie diverse Staaten auf der Welt beweisen (z. B. Hongkong und Malaysia). Deren Grundlage sind an allererster Stelle Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit.

Und da, wie von vielen Beispielen bekannt, in wirtschaftlich florierenden Staaten die Geburtenquoten (Beispiel Europa) rückläufig sind, reduzieren sich mit dem demographischen Problem auch ethnische Konflikte, die im Zuge der Invasion auch die überrannten Länder erreichen und politisch destabilisieren, in denen sie ankommen:

*„Der amerikanische Geheimdienst CIA publizierte im Jahr 1995 das Papier Demografische Hintergründe für ethnische Konflikte. Darin ging es um die Frage, ob rasches Be-*

---

<sup>21</sup> **Ein schwarzer Holocaust**, Spiegel Nr. 51 v. 14.12.1992, S. 148 ff.): Somalia ist kein Einzelfall.

<sup>22</sup> **Verteidigungsminister Guttenberg glaubt nicht an afghanische Demokratie**, Welt Online v. 26.12.2009

*völkerungswachstum zu politischer Instabilität führen kann. Denn dieses erwirkt zwangsläufig einen **youth bulge**, eine Beule in der demografischen Kurve, einen Überhang an jungen Menschen, die keinen Platz in der Gesellschaft finden. Die Studie kam zu dem Ergebnis, daß Mord und Totschlag drohen, sobald die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen einen Anteil von 20 Prozent an der Gesamtbevölkerung übersteigt.“<sup>23</sup>*

Die demographischen Überschüsse an jungen Männern, Verschiedenheit und Uneinigkeit der Stämme und Clans auf dem afrikanischen Kontinent haben schon dort tiefe Gräben zwischen ihren Kulturen aufgebrochen – was soll geschehen, wenn sie um die tieferen kulturellen und mentalen Gräben zu den Europäern erweitert werden? „Multikulti“, nicht nur Afrika beweist das, ist, vor allem durch *youth bulge* unterstützt, Mord und Totschlag. Die tiefen Gräben zwischen den afrikanischen Stämmen und Clans sind eine der Hauptursachen für das afrikanische Elend, die nur die Afrikaner selbst beseitigen können. So werden widerstreitende Ansichten in Afrika oft schwer ertragen. Afrikaner kennen nur die Begriffe „Freund“ und „Feind“, ihre mehr als zweitausend afrikanischen Sprachen kennen kein Wort, das dem Begriff für einen „Gegner“ entspricht, dessen gegensätzliche Meinung man zwar nicht teilt, doch zumindest toleriert.<sup>24</sup> Auch das ist ein Problem, das die Afrikaner unter sich zu regeln haben (Stichwort: Autonomie).

Das verarmte Afrika ist, anders als das halbwegs vermögende Europa, ein reicher Kontinent: Reich an Rohstoffen, Bodenschätzen, Energiereserven und, wie alle Länder der Dritten Welt, zu „reich“ an einem Überhang gedanken- und rücksichtslos produzierter junger Männer (*youth bulge*), die ihren Platz in der eigenen Gesellschaft fordern, aber nicht finden! Die Demographie ist neben dem afrikanischen Tribalismus eines der erdrückendsten Probleme Afrikas und für Deutschland wie Europa auch ein existentielles. Es braucht seit 66 Jahren nachprüfbar Geburtenkontrolle, die diesen Namen verdient! So sieht afrikanische Realität aus und läßt auch gewisse Rückschlüsse auf intellektuelle Defizite zu:

*„Im Januar 2001 starben täglich 1.500 Südafrikaner an Aids, im April waren es bereits 1.800 am Tag‘ ... ‚Aber Aufklärungsposter, Fernsehspots oder das Verteilen von Kondomen reichen nicht aus.‘ Zu wenige Leute würden auf diese Weise erreicht, zu viele beherrschten existentielle Schutztechniken nicht. ‚Ein Familienvater, dem der Kondomgebrauch anhand eines Besenstiels erklärt worden war, hat künftig vor jedem Beischlaf ein Kondom über einen Besenstiel gezogen, ein anderer hat stets die Spitze des Gummis abgeschnitten - damit es nicht abrutscht.‘ Solche Fälle zeigen nach Ansicht des Bischofs von Soweto, daß Sex, Verhütung und der Schutz vor Aids immer noch zu den größten Tabus in Südafrika zählen, nicht zuletzt in Kirchenkreisen...“<sup>25</sup>*

So funktioniert Familienplanung nicht, Beispiel Thailand. Dort brachte man in Erfahrung, daß die Frauen lieber weniger als mehr Kinder hatten und auch dazu bereit waren, lange Wege bis nach Bangkok auf sich zu nehmen. Das Programm im Kern kurz zusammengefaßt:

*„Die offizielle Familienplanung arbeitet im Rahmen der Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind. So wird der Aktion nicht nur das Odium einer ‚lebensvernichtenden Maßnahme‘ genommen, es wird im Gegenteil positiv argumentiert: Du wirst wenige, aber gesunde Kinder haben und gesund bleiben; zu viele Kinder machen arm und krank. Damit ist auch die Kernfrage der ‚Altersversorgung‘ beantwortet, die man immer wieder als Argument für eine Kinderschar ins Feld führte. Denn wenn zwei oder drei Kinder*

---

<sup>23</sup> **Machen junge Männer Krieg?**, Die Zeit v. 26.02.2004, v. Rainer Klingholz

<sup>24</sup> **Prinz Asserate im Gespräch: Afrikas Hoffnung verläßt den Kontinent**, FAZ v. 18.07.2015, v. J. Hieber

<sup>25</sup> **Nur eine Schock-Therapie hilft im Kampf gegen Aids**, HAZ v. 14.06.2001, S. 2

*durch bessere Gesundheitsfürsorge mit einiger Sicherheit überleben, bedarf es nicht mehr der zahllosen Schwangerschaften, um dieses Ziel zu erreichen...*

*Als die Familienpolitik offiziell angenommen war, blieb die einzige Frage, wie man den interessierten Menschen praktische Hilfe geben könnte. Aber sie schien lösbar, weil so großes Interesse auf Seiten der Bevölkerung bestand. Hatte schon die Vorbereitungsphase zwischen 1969 und 1970 gezeigt, daß manche Meinung, die man sich angesichts des Verhaltens in einigen Entwicklungsländern gebildet hatte (religiöse Gründe, d. Verf.), in Thailand nicht zutrafen, so brachte die Eröffnung der Familienplanungsklinik an der Chulalongkorn-Universität in Bangkok eine neue Bestätigung dafür: sie wurde von Interessenten förmlich überlaufen, und die Zahl der an den Programmen teilnehmenden Männer („Akzeptanten“) wuchs täglich und erreichte in sechs Jahren 60.000.“<sup>26</sup>*

Der buddhistische Klerus hatte sich aus der Debatte herausgehalten. Während Thailand sich längst mit der demographischen Frage befaßte, beschuldigten viele Politiker in der Dritten Welt, je nach Standpunkt, die Länder des Nordens einer „Ausrottungskampagne der CIA und der Weltbank“ oder eines „imperialistisch-zionistischen Komplott zur Schwächung ihrer Nationen“. Auf der 1974 stattfindenden Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Bukarest gaben sie zwar vor, inzwischen dazugelernt und begriffen zu haben, daß der Aufbau eines auch nur bescheidenen Wohlstands solange nicht gelingen könne, als eine rasch wachsende Bevölkerungszahl alle Erfolge zunichte mache. Andere Töne des damaligen Staatspräsidenten von Algerien, Houari Boumdienne, gleichen Jahres vor der Versammlung der Vereinten Nationen, in Verbindung mit den heutigen Ergebnissen, sollten skeptisch und auch mißtrauisch stimmen:

*„Eines Tages werden Millionen Menschen die südliche Hemisphäre verlassen, um in der nördlichen Hemisphäre einzufallen. Und gewiß nicht als Freunde. Denn sie werden als Eroberer kommen. Und sie werden sie erobern, indem sie sie mit ihren Kindern bevölkern. Der Bauch unserer Frauen wird uns den Sieg schenken.“<sup>27</sup>*

Bekanntlich ist Algerien ein nordafrikanisches Land und auch Afrika gehört zur „südlichen Hemisphäre“. Weil sie in der Tat wie angedroht in die „nördliche Hemisphäre“ „einfallen“, ist der verwendete Terminus von der „Invasion“ tat- und sachgerecht.

Wenn Ugandas ehemaliger Präsident Youweri Museveni sich (vgl. oben, S. 7) fragte, ob die Afrikaner unfähig seien, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, meinte er aber nicht nur die vielbemühten Despoten (unter denen nach allgemeiner Lesart alle Afrikaner unsäglich leiden, für die sie aber im Gegensatz zu den Deutschen nichts können, deren junge Generationen andererseits bis in die heutigen Tage zu Hitlers Mittätern stilisiert werden), sondern insbesondere den gemeinen Afrikaner auf allen Ebenen, mitsamt seiner ungeheuren Kluft zu anderen Ethnien, speziell den Weißen.

Er wurde 1992 gefragt, warum die asiatischen Länder, bei ihrem Gang in die Unabhängigkeit nicht besser gestellt als afrikanische, schon so viel weiter seien als Afrika: „Die Disziplin der Asiaten.“ Die Menschen in asiatischen Staaten mit spärlichen Ressourcen und größerer Bevölkerungsdichte seien fleißiger als die Afrikaner, die dazu neigten, „das Leben als gegeben hinzunehmen“<sup>28</sup> (Albert Schweitzer: „Sie haben weder die intellektuellen, geistigen oder psychi-

---

<sup>26</sup> **Thailand ohne Tempel**, R. G. Fischer Verlag 1984, v. Wolf Donner, S. 153 ff.

<sup>27</sup> Mohammed Boukharroubba, auch unter dem Namen Houari Boumdienne bekannt, Staatspräsident Algeriens, 1974 vor der Versammlung der Vereinten Nationen.

<sup>28</sup> **Ein schwarzer Holocaust**, Spiegel Nr. 51 v. 14.12.1992, S. 148 ff.): Somalia ist kein Einzelfall.

schen Fähigkeiten, um sie mit weißen Männern in einer beliebigen Funktion unserer Zivilisation gleichzusetzen oder zu teilen“).

Seit der Machtübernahme durch die Neger in Südafrika sackt auch dieses unter schwarzer ANC-Herrschaft (African National Congress) vom einst reichen Land beständig auf afrikanisches Niveau herab. Für Helen Zille, Bürgermeisterin von Kapstadt, Tochter jüdischer Deutscher, die einst vor den Nationalsozialisten nach Südafrika flohen, ist politisches Engagement keine Frage der Freiwilligkeit, sondern „Leidenschaft“: „Ich will nicht, daß Südafrika eine dieser gescheiterten Demokratien wird, von denen es auf diesem Kontinent so viele gibt.“ „Um das zu verhindern, müssen Demokratie, müssen demokratische Organe wie ein Stadtrat einfach ‚funktionieren‘. Egal, wie viele Widerstände dabei zu überwinden seien“, sagt sie und zitiert ihre Mutter auf Deutsch: „Es muß funktionieren.“<sup>29</sup> Aber das mit dem Funktionieren ist in Afrika schon zwischen den Stämmen und Clans ein großes Problem, umso mehr im Umgang mit Weißen und anderen Völkern. Zille, die stellvertretende Vorsitzende der als „weiß“<sup>30</sup> bezeichneten Oppositionspartei „Democratic Alliance“ (DA) hat immerhin geschafft, was noch keinem vor ihr gelungen war: Den bis dahin allmächtigen ANC aus dem Amt zu vertreiben. Seit Mitte März ist sie dessen „personifizierter Alptraum“.

Wie der sozialistische südafrikanische ANC, seine Stämme und Clans, „schwarze Politik“ gegen „weiße“ machen und so „funktionierende Politik“, insbesondere funktionierende Ökonomie verhindern, mögen folgende, nicht abschließenden Beispiele verdeutlichen:

- ANC und „Independence Democratic“ hatten nichts unversucht gelassen, die Weiße Zille zu Fall zu bringen, „was wohl auch damit zu tun hat, daß die ehemalige Journalistin aufräumen will; mit Korruption, mit den undurchsichtigen Ausschreibungen, mit der Vetternwirtschaft“ (treffender hätte es Stammes- und Clan-Wirtschaft geheißen).
- Alle Verträge, die unter ihrer Vorgängerin Nomaindia Mfeketo geschlossen wurden, ließ sie genauso prüfen wie alle laufenden Ausschreibungen, von denen die meisten gegen geltendes Recht zu verstoßen schienen. Es ging um Hunderte Millionen Euro, um die Glaubwürdigkeit der Politik und nicht zuletzt um Haftstrafen für diejenigen, die sich bereichert hatten.
- Entsprechend nervös reagierte das ANC-Establishment. Es wurde bespitzelt und intrigiert. Anträge wurden gestellt, Kapstadt unter Kuratel der ANC-Provinzregierung zu stellen, weil die Stadt handlungsunfähig sei. Helen Zille wurde als „Godzilla“ verunglimpft. Als das alles nichts half, wurde auch rohe Gewalt eingesetzt: Beim Besuch ihres Wahlkreises Crossroad wurde sie von Negerinnen in ANC-Hemden mit Stühlen beworfen und übel beschimpft. Der lokale ANC-Abgeordnete fand das völlig normal, schließlich habe ihn Zille nicht um Erlaubnis gefragt, „seinen“ Bezirk zu besuchen.
- „Der ANC hat die Funktionsweise einer Opposition nicht begriffen“, sagt Zille. „Die haben einfach keine Ahnung, wie man Strukturen für politische Arbeit benutzt.“
- Helen Zille ist auf Seite 1 der Zeitung, weil ihre Stadtverwaltung einigen Regierungsgebäuden wegen ausstehender Stromzahlungen das Licht abgedreht hatte. Und weil der Arabella-Sheraton-Kette, dem Flughafen von Kapstadt sowie der V&A Waterfront das gleiche Schicksal drohte, wenn sie nicht langsam ihre Außenstände beglichen. „Der ANC ist hingegangen und hat den kleinen Leuten den Zähler abgeschraubt. Ich hole es mir von denen, die zahlen können“, sagt die Bürgermeisterin. Auf vier Milliarden Rand

---

<sup>29</sup> **Helen Zille, die Eiserne Lady im Bürgermeisteramt von Kapstadt**, Frankfurter Allgemeine v. 14.06. 2006, S. 3, v. Thomas Scheen

<sup>30</sup> **Weißer Südafrikaner gilt in Kanada als Flüchtling**, Welt Online v. 02.09.2009: Im August 2009 wurde dem weißen Südafrikaner Brandon Carl Huxley von Kanada Asyl gewährt, weil er von Negern rassistisch verfolgt wurde.



(500 Millionen Euro) insgesamt beliefen sich die ausstehenden Stromrechnungen der Stadt. 2,5 Milliarden Rand (312 Millionen Euro) davon schuldeten die genannten Institutionen und Unternehmen.

- Den Bau des neuen Stadions, das Kapstadt bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 schmücken sollte, hatte sie ebenfalls auf Eis gelegt. Eine Milliarde Rand (125 Millionen Euro) sollte das Gebäude die Stadt kosten. „Ich will einen Finanzplan sehen, und bislang hat mir den keiner zeigen können“, sagte Zille. Ihre Vorgängerin fand die Schlüssel, die sie nur als Gipsmodell gesehen hatte, indes so schön, daß sie blind einen Vertrag mit der Fifa abgeschlossen hatte. „Das kann und das will ich nicht unterschreiben“, sagte Zille.
- Die ehemalige Journalistin will alles anders machen. Die Geschichte mit den Stromrechnungen war nur ein Vorgeschmack dessen, was noch kommen konnte. Daß sie ihre extrem unpopuläre Vorgängerin, die bekannt war für ihre eigennützigen Geschäftsabschlüsse, juristisch belangen will, sobald sie eine einzige Verfehlung nachweisen kann, gibt sie offen zu.
- Daß sie die Brüder, Schwestern, Vettern und Cousins (Stämme und Clans) der alten Amtsträger entlassen will, die jetzt die Verwaltung bevölkerten, begründet sie wie folgt: „Da sitzen Leute, die 700.000 Rand (87.000 Euro) im Jahr kassieren und nichts anderes können, als Arbeit zu delegieren.“ Nur: Ganz so einfach kündigt man in Südafrika niemanden, erst recht nicht wenn er schwarz ist. Also wird Zille einen Leistungskatalog erstellen, mit dem die Arbeit der Beamten gemessen werden soll. „Wer die Meßlatte nicht erreicht, muß halt gehen“, sagte sie und lächelte fein.
- Kein Wunder, daß der ANC bis hinauf ins nationale Politbüro langsam nervös wird. Zille hat mit Kapstadt das bekannteste Stück Südafrika besetzt, und wenn es ihr gelingen sollte, die mittlerweile landesweit zur Plage gewordene Korruption und Inkompetenz der südafrikanischen Amtsstuben zumindest in Kapstadt auszumerzen, könnte das Signalwirkung für andere Metropolen haben. Die Bosse habend das längst begriffen, Zille artig zum Wahlsieg gratuliert und ihre zu handfesten Argumenten neigenden Statthalter in Kapstadt aufgefordert, „endlich das Maul zu halten und mit der Oppositionsarbeit zu beginnen“. Statt dessen wird nun versucht, die fragile Koalition der Bürgermeisterin mit Lockungen und Drohungen von innen zu knacken.
- Auf die Frage, ob sie angesichts der Radikalität, mit der sie dem ANC-Klüngel zu Leibe rückt, um ihr Leben fürchten müsse, zögert sie einen Augenblick. Dann erzählt sie von einem geplanten Besuch in Kapstadts Township Khayelitsha, den sie auf Anraten des Polizeichefs der Stadt nicht wahrgenommen hat. Mitglieder der Transportgewerkschaft Satawu hatten nach Informationen der Polizei einen Anschlag auf sie geplant, weil Zille der Gewerkschaft nach schweren Krawallen weitere Demonstrationen in Kapstadt untersagt hatte. Der Polizeichef zuckte mit den Achseln und meinte, für ihre Sicherheit nicht garantieren zu können. „Das kann auf Dauer schon mürbe machen“, meinte Zille.

Aber Helen Zille gibt sich zuversichtlich. „Die Wähler haben gegen den ANC gestimmt, weil sie den ANC nicht mehr wollen, und deshalb werden die Leute über den Flur zu uns kommen.“ Wenn sich das bewahrheitet und gleichzeitig der Streit zwischen Präsident Thabo Mbeki und seinem Widersacher Jacob Zuma anhält und sie sich weiter selbst zerfleischen, könnte das Bürgermeisteramt von Kapstadt zu einem Startsignal gegen Stämme, Clans und Klüngel werden. Zwar mit Sicherheit nicht für eine Regierungsbeteiligung der weißen DA auf nationaler Ebene. Wohl aber für einen Sieg bei den Provinzwahlen. Das wäre dann die zweite Ohrfeige für „schwarze“ gegen „weiße“ Politik an der Westküste.<sup>31</sup>

---

<sup>31</sup> **Helen Zille, die Eiserne Lady im Bürgermeisteramt von Kapstadt**, Frankfurter Allgemeine v. 14.06. 2006, S. 3, v. Thomas Scheen

In Afrika gibt es aber auch „ganze Staaten“, in denen „Der Reichtum sich wie die Pest aufs Land (legt) und die Wirtschaft erstickt. Es gibt keine Werte mehr. Jeder fühlt sich wichtig, wenn er dazugehört. Keiner will lernen, alle wollen an die Öldollar (des weißen Mannes) herankommen.“ Und auch die Solidarität überlassen die Neger dem weißen „Ausbeuter“:

- **Rohstoffluch** nennen die Ökonomen das, was sich beispielweise in Malabo, Äquatorialguinea, abspielt. „Warum arbeiten, wenn das Geld aus dem Boden sprudelt? Ganze Staaten verfallen in Lethargie, lassen Landwirtschaft und Handwerk verkommen und werden zu einer Gesellschaft von Ölrentiers, von Petro-Profiteuren und Pfründnern. Die Arbeit wird von Immigranten erledigt. Es ist das Bild einer untätigen Bourgeoisè von Granden des Crude Oil Price, die bewegungslos zusieht, wie die Tanker am Horizont gen Westen ziehen. Wie in Kuwait.“
- „Und wie in Kuwait kommen schon heute in den Supermärkten von Malabo die Eier aus Holland und das Fleisch aus Spanien. Es gibt Mineralquellen auf dem eigenen Festland. Doch das Mineralwasser wird aus Portugal importiert“, nicht etwa aus ärmeren Nachbarstaaten.<sup>32</sup>
- **Tiefe Kulturgräben** offenbaren sich, wie vorgetragen, schon unter den verschiedenen Stämmen und Clans in Afrika, was stünde einer überrannten, alternden europäischen Gesellschaft da ins Haus? „Jede Woche kann man in südafrikanischen Blättern von Übergriffen Einheimischer auf Afrikaner aus anderen Teilen des Kontinents lesen, insbesondere Simbabwe, Angola und dem Kongo, von wo die meisten Immigranten stammen. Immer wieder werden in den Townships um Johannesburg und Kapstadt Hütten afrikanischer Zuwanderer abgefackelt und geplündert. ‚Wir wollen die Simbabwe und Angolaner nicht, sie müssen raus‘, dröhnt Thoko Mpiko, einer der Anführer eines solchen Programs. ‚Sie nehmen uns die Arbeit, das Land und die Frauen weg.‘ Vielerorts haben Township-Bewohner am Kap wahre Hetzjagden auf Fremde angezettelt. Schwarze Immigranten werden von vielen bitterarmen Südafrikanern schnell für die eigenen Mißstände verantwortlich gemacht – für ihr Elend, die fehlenden Jobs oder die überbordende Kriminalität.“<sup>33</sup>
- **Sexuelle Gewalt:** Allein in der „Demokratischen Republik Kongo werden einer Studie zufolge täglich mehr als 1.100 Frauen vergewaltigt (vgl. S. 13, Aids). Mehr als 400.000 Mädchen und Frauen zwischen 15 und 49 Jahren seien in dem zentralafrikanischen Land in einem Zeitraum von zwölf Monaten in den Jahren 2006 und 2007 vergewaltigt worden“, hieß es in der Studie die in dem „*American Journal of Public Health*“ veröffentlicht wurde.<sup>34</sup>

Im Ergebnis lautet die Forderung der kritisierten Sendung, illegale afrikanische Einwanderung nach Deutschland zu „legalisieren“ (Bierdel setzte das Wort ausdrücklich mit den Fingern in Anführungszeichen und wollte damit illegales Handeln sanktionsfrei stellen!), was schon von der schieren Masse her Wahnvorstellung ist. Statt afrikanische Probleme dort, auf dem dreimal so großen und reichen Kontinent der Almosenempfänger inner- oder zwischenstaatlich lösen zu lassen, wozu sowohl das Potential wie auch die Pflicht vorhanden sind, sollen sie in das kleinere und dicht besiedelte almosenleistende Europa „ausgelagert“ werden. Einschließlich daraus folgender materieller und tatsächlicher Kosten, an denen sich die „Diskutanten“ als Wertschröpfer und Bewohner der davon noch verschonten Rotweingürtel nicht beteiligen, sondern das gnädigerweise den wertschöpfenden Nachbarn in weniger betuchten Gegenden überlassen, weswegen eingangs bewußt von „gnadenloser Gnade“ die Rede war:

---

<sup>32</sup> **Volltanken in Malabo**, Spiegel Nr. 35 v. 28.08.2006, S. 82 ff.

<sup>33</sup> **Afrikas Fußballfans schreckt nur wenig**, HAZ v. 03./04.06.2006, S. 2

<sup>34</sup> **Sexuelle Gewalt: Im Kongo werden jeden Tag 1.100 Frauen vergewaltigt**, Welt v. 12.05. 2011

- Schwarzafrika ist trotz Reichtum an Bodenschätzen die einzige *Weltgegend*, in der das Bruttosozialprodukt über gute und schlechte Jahre hinweg beständig schrumpft. Dort liegen sechs von zehn Ländern der Welt mit der höchsten Analphabetenrate, neun von zehn Ländern mit der höchsten Kindersterblichkeit und der niedrigsten Lebenserwartung.
- Immer mehr Afrikaner sterben an Aids. Auf dem Schwarzen Kontinent leben nach WHO-Schätzungen zwei Drittel der weltweit gut zehn Millionen HIV-Infizierten.
- Die Bevölkerung wächst, während die europäische sich gesund schrumpft, mit der Weltrekordrate von über drei Prozent jährlich, während die Nahrungserzeugung pro Einwohner dramatisch zurückgeht. Das Mißverhältnis zwischen mehr Menschen und weniger Essen korrigiert auch die Aids-Pandemie nicht. Denn die Seuche rafft vor allem die Altersgruppen zwischen 20 und 40 Jahren dahin, den wirtschaftlich aktivsten Teil, der die Lebensgrundlage für alle schafft.
- Am Leben halten Afrika fremdfinanzierte Nahrungsmittelimporte im Wert von vier Milliarden Dollar jährlich.

„Beständig schrumpfendes Bruttosozialprodukt über gute und schlechte Jahre“ hinweg wie auch hohe Analphabetenraten bedeutete für Europa wachsende Einwanderung in die schon jetzt ächzenden Sozialsysteme. Kranke Afrikaner ziehen es aus nachvollziehbaren Gründen vor, sich in Deutschland und Europa auf Kosten von deren Versicherungen und Sozialsystemen behandeln und aushalten zu lassen (was von anderen Ländern, nicht nur der Türkei und Ex-Jugoslawien, längst praktiziert wird). Afrikanische Bevölkerungsüberschüsse werden schon jetzt Richtung Europa absorbiert, bei offenen Grenzen würden diese Zustände noch dramatischere Ausmaße annehmen, weil sie, wie schon Milton Friedman feststellte, mit dem Sozialstaat unvereinbar sind! Auch die letzten Hungerleider würden bei sanktionsfrei gestellter illegaler Einwanderung verstärkt von Afrika aus und nach Europa einwandern, mit den bekannten Folgen.

Seit Jahrzehnten kommen überwiegend Bewohner aus dem asiatischen und nordafrikanischen Raum als Einwanderer nach Deutschland – ohne Berufsaussichten, ohne Ausbildungskonzepte für sie, wie die Studie des Berlin Instituts 2010 zeigt, ohne Integrationsperspektive: Der Ausweg ist Abwanderung in kriminelle Subkulturen oder in religiös-ethnische Ersatzbindungen.

In Nummer 162 des *Kursbuchs* stellt der Sozialwissenschaftler Gunnar Heinsohn in einer weit ausholenden Abhandlung die Frage nach dem absehbaren Ende Deutschlands („Finis Germaniae?“):

*„Einwanderer ohne Hochschulabschluß ... können es nicht – die kritische Masse begabter junger Leute bereitstellen, die von klein auf mit High Tech heranwachsen, souverän mit ihr umgehen und sie dann ehrgeizig und voller Ungeduld auf neue Höhen führen wollen. Diese Essentials für ein Verbleiben Deutschlands in der ersten ökonomischen Liga wird man nicht einfach Schwarzafrikanern oder Muslimen aufbürden können. Da aber gerade sie am ehesten hereindrängen, gibt es für die demographischen Probleme Deutschlands und auch der übrigen Länder Kontinentaleuropas keine elegante Lösung ... Die Lage sieht nicht gut aus. Nichtgeborene vollwertig zu ersetzen ist kaum einfacher, als Tote aufzuwecken. Bisher unerprobte Mittel wie etwa die Masseneinwanderung von Babys – Millionen Aids-Waisen ständen in Afrika bereit – werden nicht einmal von den radikalsten Multikultis vorgeschlagen ... Wer heute in Kontinentaleuropa jünger als 40 ist und nicht alsbald den Weg nach Nordamerika findet, wird sich später nur selbst Vorwürfe machen können.“*

Das, einschließlich der nachdrücklichen Warnung an Kontinentaleuropäer, Europa tunlichst zu verlassen, war die Ausgangslage vor sechs Jahren, bevor jährlich eine Million und mehr „Hilfesuchende“ und „Flüchtlinge“ eindringen. Deutschland braucht heute weniger als je zuvor Einwanderung<sup>35</sup> – und diese „Gäste“ schon garnicht! Wer, wie in der Sendung geschehen, weiterer Invasion das Wort redet, erkläre zuvor, wie er die bestehenden und noch heranwachsenden Probleme bewältigen will. Allein der Islam in Deutschland wäre zu weiterem Wachstum noch nicht einmal auf Zuzug angewiesen; das schiere Wachstum aus der eigenen Reproduktionsrate heraus, die nach UNO-Angaben um mindestens 2.500 Prozent über der der deutschen Bevölkerung liegt, durch Frauenunterdrückung und den islamtypischen, exorbitanten Analphabetismus (50 Prozent im Weltmaßstab) traditionell Stärkung erhält, macht jede Diskussion über weitere Einwanderung, sei es aus humanitären oder rechtlichen Gründen, überflüssig. Rechtsgründe stehen dem nicht entgegen.

## Es gibt sowohl Obergrenzen wie Asyl ohne „Ewigkeitsgarantie“

Hier noch – in der gebotenen Schärfe – zu den Latrinenparolen von Merkel und ihren Hofschranzen, die fälschlich „Obergrenzen“ für nichtexistent und das Asylrecht für unhinterfragbar wie eine Naturgewalt erklären wollen: Das Bundesverfassungsgericht sah die „Obergrenze“ der Einwanderung bei Vorliegen einer „Bedrohung der sozialen und wirtschaftlichen Lage innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gerade durch die starke Zuwanderung“<sup>36</sup>. Dafür gibt es auch eine rechtliche Vorlage, nämlich das „Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet“ vom 22.08.1950,<sup>37</sup> das auf Art. 11 II. GG gestützt die *Freizügigkeit Deutscher* „in das“ Bundesgebiet unter schwerwiegende Vorbehalte stellte und gerade bei Ausländern analog anzuwenden ist! Hinzu kommt mit der stattfindenden Invasion noch der Schutz der massiv gefährdeten inneren Sicherheit und Ordnung (Attentate). Auch das – einmalig auf der Welt – „Asylgrundrecht“ darf der Gesetzgeber aufheben (in Ländern, die im Gegensatz zu Deutschland eine Verfassung haben, wäre das ein verfassungsmäßiges Recht, findet dort aber zutreffend seinen Platz nicht in der Verfassung, die Abwehrrechte des *Bürgers* gegen den Staat normiert, sondern im ihr untergeordneten „einfachen“ Recht).

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschied 1996 zur Möglichkeit, das Asylrecht zu streichen:

*Daß „der verfassungsändernde Gesetzgeber nicht gehindert (sei), das Asylrecht als solches aufzuheben, ergibt sich ohne weiteres (daraus), daß die Regelung des Art. 16 a GG, die durch Absatz 2 Sätze 1 und 2 den persönlichen Geltungsbereich des Grundgesetzes zurücknimmt, den verfahrensbezogenen Gewährleistungsinhalt beschränkt, durch Absatz 2 Satz 3 und Absatz 4 die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG umgestaltet und endlich durch Absatz 5 völkerrechtliche Vereinbarungen schafft, sich innerhalb der Grenze einer zulässigen Verfassungsänderung hält“.*<sup>38</sup>

---

<sup>35</sup> Zur „**Gastarbeiter**“-Lüge (wurden nie gebraucht, schon Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten hielt die BRD per Gesetz außer Landes, siehe „Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet“ vom 22.08.1950 (BGBl. 1950, 367) sowie „Obergrenzen“ aus Rechtsgründen wie des Verbots zur Umdefinierung des deutschen Volkes und des Gebots zum „Erhalt des deutschen Staatsvolkes“ unter Hinweis auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, vgl. **Uwe Gattermann**, „Rundschreiben zum Asylmißbrauch“ vom 16.08.2015, hier erhältlich als pdf.-Datei gegen Schutzgebühr in Höhe von 5,00 Euro.

<sup>36</sup> BVerfGE 2, 266 = NJW 1953, 1057

<sup>37</sup> BGBl. 1950, 367

<sup>38</sup> BVerfGE 94, 49 = NVwZ 1996, 700

Gesetzgebung und Rechtsprechung verfolgen aber neben für Staat und Volk zweckmäßigen Vorgaben auch „verfassungsrechtliche“ Pflichten beispielsweise der Regierung, wie etwa die „Pflicht“, „die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten“ (2 BvR 373/83), der, wie oben (S. 9) dargelegt, eklatant zuwider gehandelt wird.

Schon vor fast 40 Jahren wies Martin Neuffer in seinem Buch „Die Erde wächst nicht mit. Neue Politik in einer überbevölkerten Welt“ als „linker Sozialdemokrat“ darauf hin, daß die Einwanderung in die Bundesrepublik angesichts des Bevölkerungswachstums zu drosseln und „auch **das Asylrecht ‚drastisch‘ auf Europäer zu beschränken**“ sei:

*„Der Auswanderungsdruck aus den Ländern der Dritten Welt mit ihrem explosiven Bevölkerungswachstum wird sich angesichts von Elend, Hunger und Hoffnungslosigkeit um ein Vielfaches steigern. Die aktivsten Gruppen werden mit dem Mut, der Hartnäckigkeit und der Verschlagenheit der äußersten Verzweiflung auszubrechen suchen. Sie werden auf allen Wegen, mit allen Mitteln, unter allen Gefahren und in endlosen Massen herandrängen – überallhin, wo es nur um ein geringes besser zu sein scheint als in ihrer Heimat... Die reichen Länder werden sich gegen diesen Ansturm zur Wehr setzen. Sie werden Befestigungsanlagen an ihren Grenzen errichten, wie sie heute zum Schutz von Kernkraftwerken dienen. Sie werden Minenfelder legen und Todeszäune und Hundelaufgehege bauen. Die DDR wird endlich lukrative Exportindustrie in Grenzabsicherungssystem entwickeln können.... Die Landnahme hat begonnen.“<sup>39</sup>*

Als hätte er den heute weitverbreiteten sozialistischen Schwachfug kommen sehen, wies er schon damals darauf hin, daß es sich bei Schutzmaßnahmen dagegen weder um „Diskriminierung“, noch um „völkisches“ oder „rassistisches“ Gedankengut handelt, sondern eine selbstverständliche, von Staat und Regierung zu leistende Aufgabe für das alles tragende Staatsvolk:

*„Die Deutschen sollen ja nicht deshalb – so einigermaßen – unter sich bleiben, weil sie zu einer besseren Sorte Mensch gehören. Sondern es sollen ihnen vermeidbare Probleme und Belastungen, Konflikte und Auseinandersetzungen erspart werden, wie sie aus der Aufnahme großer ethnisch und kulturell fremder Bevölkerungsgruppen entstehen. Es soll ihr Recht gewahrt und gesichert werden, in einem deutschen und nicht in einem Vielvölkerstaat zu leben.“<sup>40</sup>*

Neuffer tat schon damals nicht mehr und nicht weniger, als auf die von Staat und Regierung zu bewahrende innere Sicherheit und Ordnung wie die Pflicht zum Erhalt des deutschen Staatsvolkes, also Selbstverständlichkeiten, hinzuweisen. Die stehen übrigens auch im Grundgesetz!

Soweit rein vorsorglich selbst zu dieser Alternative, obwohl in der kritisierten Sendung ausschließlich auf „humanitäre“ Gründe, also Gnade, abgestellt wurde. Es gibt gegen Invasionen, gleich ob humanitärer oder rechtlicher Art, anders als Merkel & Co. behaupten, von Karlsruhe festgelegte Obergrenzen, selbst das Asylrecht ist aus mehreren Gründen disponibel!

Um das zu vertiefen: Wenn Merkel, wie immer wenn es eng wird, patzig meint: „Wenn man in der Flüchtlingskrise kein freundliches Gesicht zeigen darf, ist das nicht mein Land“, sei sie an dreierlei weitere (von vielen) finalen Täuschungen des Souverän erinnert:

---

<sup>39</sup> „**Die Reichen werden Todeszäune ziehen**“, SPIEGEL Nr. 16 v. 19.04.1982, S. 35 ff.: *SPD-Kommunalexperte Martin Neuffer über die Ausländerpolitik der Bundesrepublik.*

<sup>40</sup> „**Die Reichen werden Todeszäune ziehen**“, SPIEGEL Nr. 16 v. 19.04.1982, S. 35 ff.: *SPD-Kommunalexperte Martin Neuffer über die Ausländerpolitik der Bundesrepublik.*

„Wir schaffen das!“ bedeutete immer „Ihr“ habt das zu schaffen! Außer einem „freundlichen Gesicht“ auf Kosten Dritter schaffte und schafft Merkel wie alle Sozialisten nichts (als WertschöpferIn lebt sie von durch Andere erschaffenen Werten). Kölner und ähnlichen Verhältnissen ist sie mangels unmittelbarer Kontakte ebenfalls nicht ausgesetzt. Und daß „dieses“ Deutschland, der „imperialistische Klassenfeind“, nie „ihr“ Land war, offenbart schon ihr Handeln wider dessen erklärte Interessen (und Mehrheitswillen).

Ihr „Land“, die DDR, die „Sozialistische Internationale“, die wie sie und Afrika ständig an der gehaßten kapitalistischen „Tüte“ hing, ist, wie alle sozialistischen Gebilde mit ihren kleinkrämerischen Spießbürgern à la Honecker und Konsorten, untergegangen. Seine jämmerlichen Reste traten 1990 gemäß Art. 23 GG (a. F.) der Bundesrepublik („unserem“ Land) und dessen vom westdeutschen Volk erschaffenen materiellen (einschließlich des bis heute erhaltenen und zwischenzeitlich zweckentfremdeten „Solidaritätszuschlag“), politischen wie gesellschaftlichen Werten bei, die Merkel weitestgehend beseitigt hat. In die es 1989 wackere Ostdeutsche zog, die, wie auch die Westdeutschen, sicher keine Sehnsucht nach Merkels „Land“ oder „Volkspar-  
tei“ CDU verspüren, in der, wie schon ihr Ziehvater, auch die verblendete sozialistische Spie-  
ßerin Merkel nicht mitbekommt, wie ihr das „Volk“ davon rennt.

Die Merkel-Partei übrigens, die, statt der vom Volk gewollten und durchgesetzten Befreiung im November 1989 zu gedenken, sich an jedem 3. Oktober wegen der ohne Volksaufstand gar nicht möglichen Wiedervereinigung selbst beweihräuchert und an diesem „Nationalfeiertag“ im christlichen Deutschland den „Tag der offenen Moschee“ begeht. So viel dazu, wer in dem Land was schafft! Wer erinnert sich heute noch daran, daß es ohne die Befreiung vom sozialistischen Moloch 1989, den Aufstand des Volkes im Osten (dem sich Merkel, keine „wackere“ Ostdeutsche und bar jeder Zivilcourage, verweigerte!), nie eine Wiedervereinigung gegeben hätte, sondern alles wie in Afrika weiter wie bisher gelaufen wäre?!

## **Interventionspflicht gegen afrikanische Agonie**

Wie wiederholt hervorgehoben, sind afrikanischer Tribalismus und exorbitante Reproduktionsraten der Neger *das* Problem Afrikas schlechthin, Disziplinlosigkeit und Selbstüberschätzung, die sie ständig ohne realen Anlaß zu „Hommagen“ („Black is beautyfull“, „Black power“ usw.) in eigener Sache treibt, addieren sich dazu: Die mit 16 Jahren ehelos geschwangerte Mulattin Philippa Ebéné, „Geschäftsführerin“ einer bedeutungslosen, selbstverständlich mit öffentlichen Geldern ali-mentierten Berliner „Künstlerwerkstatt“, sah sich z. B. zu einer „Hommage an die Afrikaner, Kameruner, Togoer, Senegalesen“<sup>41</sup> veranlaßt, eine „Hommage an people of colour“, „deren Opfer und Leistungen in Deutschland nicht gewürdigt werden“<sup>42</sup> (welche Opfer und Leistungen das konkret sein sollten, behielt sie diskret für sich) – konkret: Ebéné will einen deutschen Kniefall vor Angehörigen der Dritten Welt im Allgemeinen, den Negern im Besonderen, denen wir uns ernsthaft als im Kampf gegen den Faschismus gestandene Minderheiten verpflichtet fühlen sollten, die, so Ebéné-O-Ton, hierzulande weithin fälschlich nur als „illegale Einwanderer, Zigaretten-Schmuggler, Drogenhändler“ bekannt sind.<sup>43</sup> In Psychiatrie und Psychologie spricht man im Zusammenhang mit Patienten, die trotz aller Selbstbezogenheit über kein Selbst verfügen, von Narzisten, auch maligner (bösertiger) Narzismus ist bekannt.

Der Senegalese und Generalsekretär von Amnesty International, Pierre Sanè, setzt sich, da es ihm vor ca. 25 Jahren offenbar noch zu wenige Neger in Europa gab, ethnozentrisch über Not-

---

<sup>41</sup> Interview bei Radio Brandenburg am 27.08.2009, 17:06 Uhr

<sup>42</sup> **Götz Aly platzt im Faschismus-Streit der Kraken**, Welt Online v. 04.09.2009

<sup>43</sup> Interview bei Radio Brandenburg am 27.08.2009, 17:06 Uhr

wendigkeiten hinweg, indem er sich trotz aller schon damals gültigen Fakten ernsthaft mokierte, die Welt schere sich nicht um Afrika! Er maßte sich ethnozentrisch begründet an, nicht nur Entscheidungen deutscher Gerichte zu ignorieren, sondern den Afrika ali-mentierenden Staaten gar „Rassismus“ zu unterstellen: Die „Asylpolitik der reichen Länder ist von Rassismus geprägt“. Je mehr die Zahl der „Flüchtlinge“ aus dem angeblich „politisch“, tatsächlich tribalistisch und nicht zuletzt demographisch zerriebenen Afrika wachse, wunderte er sich ernsthaft, desto restriktiver handhabten die Zufluchtsländer (treffender: Aufnahmeländer!) die Verfahren: „Diese Afrikaner sind auf der Flucht vor politischer Verfolgung, Folter und Inhaftierung – doch sie werden im besten Fall als Wirtschaftsflüchtlinge angesehen. Als Osteuropäer während des Kalten Krieges nach Westen flohen“, so Sané, „waren sie als ‚Freiheitskämpfer‘ hoch willkommen.“<sup>44</sup> Sie waren uns als Flüchtlinge vor Kommunismus und Sozialismus politisch wie kulturell die „Nächsten“, nicht die „Fernsten“, wie die Neger, Nordafrikaner Algerier, Marokkaner, Tunesier usw., „die giftige Mischung aus nordafrikanisch-arabischer Kultur und Religion, die sich in der Kölner Silvesternacht Bahn brach“. Tatsächlich zählen Schwarzafrika und Südeuropa zu Herkunftsregionen, die eines gemeinsam haben: „Nach übereinstimmender Überzeugung von Gerichten und Menschenrechtsorganisationen (!!) ist politische Verfolgung im Sinne des Grundgesetzes dort die Ausnahme, die Anerkennungsquoten im Asylverfahren liegen folglich bei Null.“<sup>45</sup> Vor allem aber absorbierten sie nicht tatsächlich Geburtenüberschüsse!

Deswegen traf seine Formulierung, Afrikaner „im besten Fall als Wirtschaftsflüchtlinge“ zu sehen, mehr zu, als er wohl selbst ahnte und ihm lieb sein kann: In München verschwanden im Frühjahr 1992 auf einen Schlag 500 Asylbewerber aus Afrika ebenso plötzlich, wie sie in Bayern aufgetaucht waren. Nigerianer, die auf dem Amt bezeichnend dreist behauptet hatten, „Flavor Icecube“ (Eiwürfel mit Geschmack), „Prince Charles“ und „Jürgen Klinsmann“ zu heißen, setzten sich umgehend ab, nachdem Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) öffentlich Asylmißbrauch vermutet und Drogenrazzien sowie einen Zählappell in vier Unterkünften ange-regt hatte.<sup>46</sup>

Gleichsam über Nacht sank in München die Zahl der „Asylbewerber“ aus Nigeria von 200 pro Woche auf schlappe 8. Es habe sich herumgesprochen, kommentierte Kronawitter, „daß München ein heißes Pflaster für sie wird“. Mit einer Anerkennung als Asylant hätte ohnehin keiner rechnen können - die 8.358 nigerianischen Fälle, die allein 1991 behandelt wurden, sind jedenfalls abschlägig beschieden worden.

Ende 1992 ging der Polizei auf dem Münchener Hauptbahnhof „Flavor Icecube“ ins Netz. Bei dem damals 20jährigen Nigerianer, der wahrscheinlich Robert Abada heißt, fanden sich Papiere, die auf vier verschiedene Namen ausgestellt waren, 40.000 Mark, 500 Dollar und 85 Gulden. In Deutschland hatte Abada vier Asyl- und Sozialhilfeanträge gestellt.<sup>47</sup> Also kein „politisch Verfolgter“, sondern einer von Tausenden Asylbetrügern.

Tausende „Einzelfälle“ pro Jahr und Herkunftsland, die adäquater Antworten bedürfen und die zwangsfinanzierte Plasberg-Sendung mit platten Unterstellungen der Gesundheitsbetreiber zur Real-Satire machen. Auch zeigen die aufgeführten Beispiele, daß es eine afrikanische Krankheit zu sein scheint, vom einfachen, schnellen Geld anderer zu leben, die sich nicht auf Despoten beschränkt, sondern in Afrika epidemisch verbreitet ist. Schon im Oktober 2002 platzte Rupert Neudeck, der seit 1979 vietnamesische Bootsflüchtlinge aus dem südchinesischen Meer rettete und Millionen für die Notstandsgebiete in Afrika sammelte, im Kosovo Häuser gebaut, tonnen-

---

<sup>44</sup> **Die Asylpolitik ist von Rassismus geprägt**, HAZ v. 02.10.1999, S. 2

<sup>45</sup> **Eiswürfel mit Geschmack aus Afrika**, Spiegel Nr. 46 v. 09.11.1992, S. 58 f.

<sup>46</sup> **Eiswürfel mit Geschmack aus Afrika**, Spiegel Nr. 46 v. 09.11.1992, S. 58 f.

<sup>47</sup> **Eiswürfel mit Geschmack aus Afrika**, Spiegel Nr. 46 v. 09.11.1992, S. 58 f.

weise Rindfleisch ins hungernde Nordkorea schaffte, als profiliertesten deutschen Katastrophenhelfer der Kragen, weswegen er den UN widersprach: Er verweigerte eine neue Spendensammlung für *afrikanische* Hungerländer. Schon vor 14 Jahren war es ihm wie Richburg leid, ständig zu lügen und für die Kolonialzeit „moralisch in Geiselhaft genommen zu werden“:

*Eine Debatte über die angebliche „historische Schuld“ ließe sich – ganz im Sinne ihrer Erfinder – endlos weiterführen. „Entscheidend sei aber: ‚Wenn Präsident Mugabe in Simbabwe eine Lieferung von 115 Tonnen Zusatznahrung für Schüler verrotten läßt, weil die Eltern dieser Kinder für die Oppositionspartei gestimmt haben, dann hat das nichts mit dem Erbe des Kolonialismus zu tun – sondern allein mit dem Machtanspruch einer korrupten Elite.‘ In Simbabwe wie in Malawi und Sambia sind derzeit Millionen Menschen von einer Hungersnot bedroht. Trotzdem glaubt Neudeck: ‚Wir müssen lernen, Nein zu Afrika zu sagen.‘ Es ist Aufgabe der nationalen Regierungen, ihre Bevölkerung zu schützen. In Malawi aber beispielweise hätten Minister eine Maisreserve von 160.000 Tonnen auf dem Weltmarkt verscherbelt. ‚Und jetzt kommt der große Hilfeschrei.‘ An dieser Stelle will der 62jährige einen Schnitt machen.“<sup>48</sup>*

Es ist das wiederholt (erstmal S. 6), entgegen aller Selbstüberschätzung angesprochene Problem: „Afrika empfindet es als Naturgesetz, daß andere afrikanische Probleme lösen“, <sup>49</sup> das sich, wie insbesondere auf den letzten Seiten aufgezeigt, keineswegs auf Despoten reduziert, sondern – begonnen mit den rücksichtslosen, selbst nicht finanzierbaren Bevölkerungsüberschüssen – offenbar epidemisch in Afrika ausgebreitet hat. Weigert sich der Westen aus gutem Grund, folgt die Rassismuskeule. Erster Lösungsansatz kann und darf nur eine radikale Familienplanung sein, denn Schuld an verhungerten Kindern hat nicht der, der sie seit Jahrzehnten wider jede Vernunft ali-mentiert und es nun satt hat, diese fremden Geburtenüberschüsse mit all ihren intellektuellen, ethischen und zivilisatorischen Defiziten auch noch im eigenen Land ertragen zu müssen, sondern derjenige, der diese Kinder in die Welt setzt, zu dem macht was sie sind und diese Welt damit in Brand zu setzen droht: Die Afrikaner! Irgendwann ist auch dem letzten Wahnschub ein Ende zu setzen. Aus Selbstschutz! Es ist die Aufgabe der nationalen Regierungen, und zwar auf Geber- wie Nehmerseite, wie auch schon die UN-Resolution 794 zu Somalia klarstellt, ihre Bevölkerungen zu schützen und ein geflügeltes deutsches Sprichwort pflegt zu sagen: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient!“

Wie vielfach vorgetragen, sind Erkenntnisse und Warnungen alt. 1984, oder vor 32 Jahren, warnte Hoimar von Dittfurth in seinem Gastbeitrag für den „*Spiegel*“ unter der Überschrift „Die mörderische Konsequenz des Mitleids“, über den „Selbstbetrug bei den Brot-Spenden für die Dritte Welt“ (wobei der „Selbstbetrug“ sich auf die Spender reduzieren dürfte, die Spenden-Industrie betrügt unter dem Deckmantel Humanität aus Gründen der Selbstbereicherung):

*„auch heute werden wieder 40.000 Kinder sterben – alle zwei Sekunden eines. Sie verhungern. Als kleine Skelette mit faltig-alten Gesichtern werden sie irgendwann im Laufe dieses Tages aufhören weiterzuleben. Tag für Tag, 365 mal in jedem Jahr, das Gott werden läßt. Alle 24 Stunden entsteht so, verteilt über die Länder der sogenannten Dritten Welt, ein Berg von 40.000 verschrumpelten Kinderleichen.“*

*Furchtbar? Viel schlimmer: Wenn diese Kinder nicht stürben, wenn sie nicht in den Armen der Mütter verhungerten, die selbst nicht mehr die Kraft haben, ihrer Trauer Ausdruck zu verleihen, wenn sie etwa überlebten und gar erwachsen würden, um selbst Kinder zu haben, dann wäre die Katastrophe noch weitaus größer. Es mag zynisch*

---

<sup>48</sup> „Wir müssen lernen, Nein zu Afrika zu sagen“, HAZ v. 16.10.2002, S. 2

<sup>49</sup> **Wer in Afrika (nicht) aufräumt**, FAZ v. 21.03.2006, S. 1, Komm. v. Thomas Scheen.



*klingen, daß ihr vieltausendfacher lautloser Tod die Erde vor einer Situation bewahrt, die alles heutige Sterben bei weitem überträfe. Nur, es ist die logische Konsequenz aus der irrationalen Ungleichung, dem Geburtenüberschuß aus der Dritten Welt durch Geburtenkontrolle nicht vorzubeugen aus der heuchlerischen Achtung vor ungeborenem Leben, das – erst einmal geboren – am Leben nicht erhalten werden kann.“*

Inzwischen wissen wir, daß es seit Jahrzehnten keiner hören wollte: Kein Plasberg, Biergel (der davon lebt schon gar nicht), Sobic nicht, auch Lahai und Pöttering nicht: Was wir heute lesen, sehen und hören, beweist es. Jeden Tag. Und wir sehen, was Merkel und ihre Hofschranzen, die wohl-ali-mentiert auf Kosten Dritter ein „freundliches Gesicht zeigen“ wollen, angerichtet haben. Die christlichen Kirchen und Wohlfahrtsverbände sicherten als Mittäter die eigenen Pfründen, und viele andere Profiteure ohne Mandat mit ihnen. Was sie, wie anhand vieler Beispiele aufgezeigt, sehenden Auges auf Kosten der Gemeinschaft, der Steuerzahler sowie deren Kindern angerichtet haben, führt nicht nur zu einem Scherbenhaufen unserer freien Gesellschaften, sondern darüber hinaus zu noch mehr Elend, noch mehr Flucht und Vertreibung in allen betroffenen Staaten, jetzt auch der europäischen (siehe oben Gunnar Heinsohn zum Thema Auswanderung). Afrika ist auch in Europa „angekommen“, hat es „bunt“ gemacht. Tatsächlich war das menschliche Elend Afrikas schon vor 30 Jahren fast grenzenlos und wurde, um es noch zu vergrößern, wie von Dittfurth richtig festgestellt hat, wider besserer Einsicht obendrein „gepampert“:

*„Weltweit jährlich 40 Millionen Hungertote. Ein nur noch in Megatonnen ausdrückbares Produktionsvolumen an menschliches Aas. Solche Größenordnungen haben selbst Hitler und Stalin gemeinsam nicht zuwegegebracht. Das ist die Proportion, um die es sich handelt. Das ist die Rechnung, mit der wir konfrontiert sind. Daß sie durch Spendenaktionen zu begleichen sei, kann nur ein Narr behaupten.“*

Das ist die Proportion, die Afrikaner erschufen! Und ein Satz bleibt besonders hängen:

*„Die werden uns schon in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu den Schornsteinen, Dachluken und Kellergeschossen hereinsteigen.“*

Wenn wir sie lassen und diese Invasion jetzt nicht rasch beenden! Mit Befestigungsanlagen an den Grenzen, notfalls (aus Gründen der Verhältnismäßigkeit in anderer Reihenfolge als bei Neuffer) mit Hundelaufgehegen, Minenfeldern und Todeszäunen (wie um die sozialistische DDR, nur unter anderen Vorzeichen), die auch diejenigen stoppen, die mit „Hartnäckigkeit und Verschlagenheit auf allen Wegen, mit allen Mitteln“ nicht bereit sind, unsere Grenzen und staatliche Souveränität zu akzeptieren! Mit gebotenen Rückführungen insbesondere Illegaler sowie „Ketten-Geduldeter“ und ohne bedingungslose Wohlfahrt für Jedermann, wie das rationale, nicht sozialistische Staaten tun. Tatsächlich ist die anhaltende Masseneinwanderung Bevölkerungsentorgung, wo weniger erfolgreiche Kulturen ihre Bevölkerung in eine erfolgreichere kippen. Aber die Münze der angeblichen Humanität hat zwei Seiten, vor allem eine zugunsten des alles tragenden Staatsvolkes, des Souverän, dem Regierung, Staat und Behörden zuvörderst verpflichtet sind!

Durch die Afrika-Politik muß ein „Ruck“ gehen, z. B. derart, dem Wunsch einiger afrikanischer Länder zu folgen, zwar nicht die Kolonialherrschaft wieder einzuführen, aber besonders bedrohte Krisenregionen bis auf weiteres der Treuhandschaft der Länder des Nordens zu unterstellen und so den afrikanischen „Willen zur Veränderung, von Eigeninitiative und von Verantwortungsbeußtsein“ zu beweisen (Hilfe zur Selbsthilfe), auch wenn das eine verhältnismäßige Einschränkung der Souveränität einheimischer Behörden bedeutet (gegenwärtig ist die Souveränität des seit Jahrzehnten helfenden Nordens eingeschränkt). Das könnte durch geeignete multinationale Modelle geschehen, da sie neokolonialen Gelüsten am ehesten vorbeugen (so die angesichts der Lage überhaupt aufkommen könnten). Eine solche Treuhandschaft in den westlichen Industrie-

ländern wäre durch demokratisch zu legitimierende Organe (wieder ohne Gegenleistung auf Kosten der Geberländer) zu kontrollieren, an denen auch Vertreter der betroffenen Regionen beteiligt sind. Künftige Rechtsgrundlage für eine solche Interventionspflicht könnte die **Uno-Resolution 794 über Somalia** werden, die zumindest ansatzweise eine neue Definition von Sicherheit erkennen läßt: Das „Ausmaß der menschlichen Tragödie“ in Somalia, heißt es darin, entwickle sich zur „Bedrohung des internationalen Friedens.“<sup>50</sup> Und den haben, wenn die Regierungen sich verweigern, im Zweifel die europäischen Souveräne selbst zu bewahren (bekanntlich bestimmt die Musik wer zahlt, also keiner der Genannten!). Denn andernfalls werden auch Europa zunehmend die Zustände ereilen, „die alles heutige Sterben bei weitem überträfen“ (gemeint ist 1984).



Die wohl bekanntest Grenzbefestigung der Welt ist die Chinesische Mauer. Es ist eine historische Grenzbefestigung, deren Bau unter Shih Huang in der Zeit von 206 vor Christus begann und 220 nach Chr. endete. Sie schützte das chinesische Reich vor eindringenden hunnischen Invasoren. Im Gegensatz zum durch Merkel gern als „Grenze“ verniedlichten „Antiimperialistischen Schutzwall“, der zumindest zweitbekanntesten, aber ideologischen Grenze zweier Systeme, an der die an der „Titte“ des „imperialistischen“ Westens hängenden Kommunisten und Sozialisten der DDR („Niemand hat vor, eine Grenze zu errichten!“) auf „Republikflüchtige“ schossen, die das „Arbeiter- und Bauernparadies“ verlassen wollten (erstmal 1989 von Ungarn für ausreisewillige DDR-Flüchtlinge geöffnet). Linke Mörder von NSDAP und Baader-Meinhoff erhielten als gleichgesinnte „Volksgenossen“ und „Genossen“ problemlos Einlaß.

© Copy rights 2016

V.i.S.d.P: Uwe Gattermann

---

<sup>50</sup> **Ein schwarzer Holocaust**, Spiegel Nr. 51 v. 14.12.1992, S. 148 ff.): Somalia ist kein Einzelfall. Frankreichs Verteidigungsminister... vermeint, nicht weniger als „30 Somalias in der Welt“ zu sehen.